

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 5/2024



Verleihung des Karl-Wilhelm-Fricke-Preises 2024

DDR-Kindergefängnis Bad Freienwalde

Es ist Zeit, ihm wieder Dank zu sagen!

Kranksein im Sozialismus

Inhalt

Aktuell

- 3 Stiftung Berliner Mauer und Solidarność-Zentrum schließen Kooperationsvertrag
Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Leipzig
- 4 Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Rostock
Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Dresden
Bundesverwaltungsgericht urteilte zu Zwangsadoptionen
- 5 Mehr DDR-Vergangenheit vermitteln,
mehr Diktaturgeschichte erklären in der DDR
Erinnerung als Auftrag: „Historischer Kalenderdienst“ 4/2024
Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Koblenz
Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis
- 6 Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus
Zum Gedenken an den 100. Geburtstag von Horst Schüler
- 7 Hilfstransport aus Cottbus in Ukraine

Aufarbeitung

- 8 Verleihung des Karl-Wilhelm-Fricke-Preises 2024
Die Computergestützte Zusammensetzung
von zerrissenen Stasi-Akten
- 9 Stellungnahme zum Referentenentwurf zur Verbesserung
rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften
- 10 Preisverleihung des Jugendwettbewerbs „Umbruchszeiten“
Das Zeitzeugen-Portal workuta.de

Berichte

- 11 Das Verbändetreffen der UOKG e.V. am 01./02. Juni 2024
Aus der Arbeit der SED-Opferbeauftragten
- 13 Schulausstellung am Dreilinden-Gymnasium
Gedenkstätte Lieberose in Jamlitz
- 14 DDR-Kindergefängnis Bad Freienwalde
- 15 Gedenkgottesdienst für Alexej Nawalny

Geschichte

- 15 Es ist Zeit, ihm wieder Dank zu sagen!
- 16 Wie Helmut Kohl die Staatssicherheit ausschaltete

Verbände

- 17 Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum e. V.
- 18 Nachruf auf Hans Günter Aurich
Aufruf Mahnwache
- 19 Bund der Vertriebenen trifft Thüringens Ministerpräsident
Bodo Ramelow

Service/Bücher

- 19 Gesundheitliche Langzeitfolgen von SED-Unrecht
- 20 Neue Ausgabe der Zeitschrift Gerbergasse 18
Horch-und-Guck
- 21 Spendenaufruf und Zeitzeugensuche
Die passende Lektüre zum 17. Juni
- 23 Kranksein im Sozialismus

Umschlagbild

Eva Schulze-Knabe, aus Zyklus: Verhandlung vor dem Volksgericht, 1946/47, Aquarell-Pastellzeichnung (Privatbesitz). Die Malerin Eva Schulze-Knabe hat ihren Prozess vor dem Volksgerichtshof in Dresden 1942 in Aquarellen verarbeitet. Der berühmte Volksgerichtshof wurde vor 90 Jahren eingesetzt. Sein Wirken in Dresden stand im Mittelpunkt einer Veranstaltung zur Museumsnacht 2024 in der Gedenkstätte Münchner Platz Dresden.

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freunde,

in diesen Tagen wäre Horst Schüler, unser langjähriger und verdienter Vorsitzender der UOKG, 100 Jahre alt geworden. Gerade in diesen Tagen fällt mir auf, wie sehr uns die Menschen in Politik und Gesellschaft fehlen, die ihr Handeln aus ihrem eigenen Erleben zielstrebig und konsequent umsetzen. Oftmals habe ich den Eindruck, dass Abitur und Führerschein ausreichende Leistungen sind, um in Politik und Gesellschaft verantwortliche Funktionen und damit auch Verantwortung für das Wohl anderer Menschen zu übernehmen. In dieser Ausgabe wird Horst Schüler noch ausführlich gewürdigt.

Aktuell, liebe Freundinnen und Freunde, sind wir damit beschäftigt, den Referentenentwurf aus dem Justizministerium mittels unserer Stellungnahmen zu verbessern. Der Referentenentwurf, der nach meiner Überzeugung so nicht bleiben wird, ist in seiner Ursprungsfassung ein Monument der Rat- und Interessenlosigkeit. Nicht einmal die Vorgaben aus dem Koalitionsvertrag der Regierungskoalition in Berlin wurden darin umgesetzt. Ich möchte an dieser Stelle nicht ins Detail gehen. Ich darf Ihnen aber versichern, dass wir und andere Verbündete in der Sache engagiert dafür werben, dass die Novellierung der Gesetze ein Fortschritt für die Betroffenen wird.

Die Hauptpunkte, für die wir uns engagieren, sind die Erhöhung und Dynamisierung der SED-Opferrente, die Beweislastumkehr bei der Anerkennung gesundheitlicher Folgeschäden, eine Bes-



Foto: Dombrowski

stellung der Zwangsausgesiedelten und die Lösung des Fremdretenproblems für ehemalige DDR-Flüchtlinge und Übersiedler.

Glücklicherweise sind wir nicht alleine mit unseren berechtigten Forderungen. Die Landesbeauftragten, die Ministerpräsidenten der neuen Länder, viele Verbände und auch die Professoren Spitzer und Frommer, die die Studie über die Gesundheitlichen Langzeitfolgen von SED-Unrecht, erarbeiteten, haben sich an die Bundesregierung gewandt. Seien Sie versichert, dass der Vorstand der UOKG und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht locker lassen werden. Bleiben Sie aufrecht und vor allem gesund!

Ihr Dieter Dombrowski

Stiftung Berliner Mauer und Solidarność-Zentrum schließen Kooperationsvertrag

Die Stiftung Berliner Mauer und das Europäische Solidarność-Zentrum wollen künftig enger zusammenarbeiten. Bei einer feierlichen Zeremonie im Solidarność-Zentrum haben Prof. Dr. Basil Kerski, Leiter des Zentrums und Prof. Dr. Axel Klausmeier, Direktor der Stiftung Berliner Mauer, die Vereinbarung unterzeichnet. Neben der Bürgermeisterin von Danzig, Aleksandra Dulkiewicz, nahmen auch zahlreiche Zeitzeuginnen und Zeitzeugen der historischen Ereignisse aus Polen und Deutschland sowie eine Delegation aus der Ukraine an der Veranstaltung teil.

Prof. Dr. Axel Klausmeier betonte in seiner Ansprache die Bedeutung, die die Ereignisse in den 1980er Jahren in Polen und Osteuropa für den Fall der Berliner Mauer im Herbst 1989 hatten. Mit Blick auf die aktuelle Situation sagte er: „Europa braucht engagierte Demokratinnen und Demokraten und mit unserer Vereinbarung setzen wir hierfür ein gemeinsames Zeichen unserer beiden Institutionen. Wir wollen in Zukunft dafür sorgen, dass wir die Werte von 1989 insbesondere jungen Menschen sinnvoll vermitteln.“

In der Vereinbarung wird eine enge und langfristige Kooperation insbesondere im Bereich von Bildung, Forschung und Vermittlung festgehalten. Der Austausch beider Institutionen soll dabei intensiviert und durch regelmäßige gegenseitige Besuche und gemeinsame Projekte wie

Tagungen, Ausstellungen oder Veranstaltungen verstetigt werden.

Die Unterzeichnung erfolgte im Rahmen des X. International European Forum – Europe with a view to the Future in Danzig, das anlässlich des 35. Jahrestags der ersten teilweise freien Wahlen in Polen am 03. Juni 1989 durchgeführt wird. Die polnische Widerstandsbewegung und die Gewerkschaft Solidarność erreichten damit den Systemwechsel vom Kommunismus zur Demokratie, der im Laufe des Jahres die anderen Warschauer Vertragsstaaten erfasste. Die Ereignisse in Polen sind un-

trennbar mit der Friedlichen Revolution in der DDR im Herbst 1989 verbunden.

Die Stiftung Berliner Mauer richtet am 09. November 2024 die zentrale Gedenkveranstaltung anlässlich des 35. Jahrestages des Mauerfalls aus. Zu der Veranstaltung in der Bernauer Straße werden eine polnische Delegation mit Beteiligten der Solidarność sowie Jugendliche in Berlin erwartet.

Stiftung Berliner Mauer
Bernauer Straße 111
13355 Berlin



Prof. Dr. Axel Klausmeier und Prof. Dr. Basil Kerski beim Austausch der Vereinbarung.
Copyright Stiftung-Berliner-Mauer.

Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Leipzig

Öffentliche Führung

Mittwoch, 31. Juli 2024, 11.00 Uhr

Archivführung „Einer Diktatur auf der Spur“

Eine Anmeldung per Telefon unter 030 18 665-3211 oder per E-Mail an leipzig.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de wird empfohlen.

Dauerausstellung

Titel: Überwachen. Verängstigen. Verfolgen.

Stasi. Die Geheimpolizei der DDR.

Plakatausstellung des Stasi-Unterlagen-Archivs im Bundesarchiv zu fünf Themenbereichen und fünf Einzelschicksalen.

Wechslerausstellungen

05. Januar bis 31. Dezember 2024

Titel: Aufarbeitung. Die DDR in der Erinnerungskultur.

Eine Ausstellung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur von Dr. Ulrich Mähler und Stefan Wolle.

02. Mai bis 31. Juli 2024

Titel: Fußball für die Stasi. Der Berliner Fußball-Club Dynamo.

Eine Ausstellung des Bundesarchivs – Stasi-Unterlagen-Archiv.

Öffnungszeiten der Ausstellungen

Montag–Freitag 08.00–18.00 Uhr

Samstag/Sonntag und feiertags 10.00–18.00 Uhr

Das Gebäude ist leider nicht vollständig barrierefrei.

Der Eintritt ist immer frei.

Ort: Alle Veranstaltungen

Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Leipzig

Dittrichring 24

04109 Leipzig

Telefon: 0341 - 2247-3211

Fax: 0341 - 2247-3219

Internet: www.bundesarchiv.de

www.stasi-unterlagen-archiv.de



Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Rostock

Dienstag, 02. Juli 2024, 13.00 – 17.00 Uhr

Bürgerberatung: Wie kann ich meine Stasi-Akte einsehen?
Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Untersuchungshaft

der Staatssicherheit Rostock (DuG)

Ort: Grüner Weg 5

18055 Rostock

(Angebot in Kooperation mit der LpB M-V/DuG)

Donnerstag, 04. Juli 2024, 13.00 – 17.00 Uhr

Bürgerberatung: Wie kann ich meine Stasi-Akte einsehen?

18.00 Uhr, Vortrag und Gespräch. US-amerikanische Spionage an der Ostsee.

Wirklichkeit und Legende im Spiegel der Stasi-Akten.

Referent: Dr. Michael Heinz (Historiker, Bundesarchiv/Stasi-Unterlagen-Archiv Rostock)

Ort: Soziokulturelles Zentrum St. Spiritus

Lange Straße 49/51

17489 Greifswald

Änderungen vorbehalten!

Dienstag, 06. August 2024, 13.00 – 17.00 Uhr

Bürgerberatung: Wie kann ich meine Stasi-Akte einsehen?

Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Untersuchungshaft

der Staatssicherheit Rostock (DuG)

Ort: Grüner Weg 5

18055 Rostock

(Angebot in Kooperation mit der LpB M-V/DuG)

Dienstag, 13. August 2024, 13.00 – 16.00 Uhr

Bürgerberatung: Wie kann ich meine Stasi-Akte einsehen?

17.00 Uhr, Vortrag und Gespräch. Ostseeflüchtlinge im Stasi-Visier Grenzregime und Fluchtbewegung an der DDR-Ostseeküste. Referent: Dr. Volker Höffer (Historiker, Bundesarchiv/Stasi-Unterlagen-Archiv Rostock)

Ort: Gemeindehaus, Kirchenplatz 4

18119 Rostock-Warnemünde

(Kooperation mit dem Heimatmuseum Warnemünde und der Evangelisch-Lutherischen Kirchengemeinde Warnemünde)

Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Rostock

Straße der Demokratie 2, 18196 Waldeck/Dummerstorf

Tel.: 038208 826 1323

E-Mail: Beate.Karow@bundesarchiv.de

Internet: www.stasi-unterlagen-archiv.de/rostock



Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Dresden

TERMINE 2. Halbjahr 2024

Besuchertage mit Archivführungen am 25.07., 07.08., 29.08., 26.09., 24.10. und 28.11. jeweils 16.30 Uhr.

Um Anmeldung zu den Führungen wird gebeten.

Die Führung ist kostenfrei.

12.09., 18.00 Filmvorführung mit Gespräch

Mockumentary „Olaf Jagger“. Der Film wird als Kooperationsveranstaltung mit dem Zentralwerk e.V. in dem großen Saal des Zentralwerks, Riesaer Straße 32, 01127 Dresden gezeigt.

In der Mockumentary „Olaf Jagger“ begibt sich der Dresdner Comedian Olaf Schubert auf eine Reise voll absurder Situationen und erzählt mit einem Augenzwinkern seine DDR-Geschichte neu. Die Dreharbeiten für den Film fanden u.a. im Stasi-Unterlagen-Archiv in Berlin-Lichtenberg statt.

24.10., 18.00 Vortrag und Diskussion

„Erinnern im (medialen) Umbruch: Die DDR im Internet seit den 1990er Jahren. Workshop „NS-Unterlagen im Stasi-Unterlagen-Archiv“. Lea Frese-Renner, Doktorandin am Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam, gibt einen Einblick in ihr Forschungsprojekt zum Wandel der Erinnerung an DDR und Stasi in und durch Onlinemedien. Sie zeigt unter anderem, mit welchen medialen Praktiken sich Erinnerungsakteure das Internet zu eigen machten und wie sich die Formen der Erinnerung von frühen Homepages bis hin zu Twitter und Instagram gewandelt haben.

Im Stasi-Unterlagen-Archiv Dresden werden die Hinterlassenschaften der ehemaligen Stasi-Bezirksverwaltung Dresden verwahrt. **Kontakt:** Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Dresden, Riesaer Straße 7D, 01129 Dresden
Tel.: 030 18665-3411

E-Mail: dresden.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de



Bundesverwaltungsgericht urteilte zu Zwangsadoptionen in der DDR

In einem aktuellen Urteil vom Oktober 2023 entschied das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig, dass Betroffene von Zwangsadoptionen in der DDR, die zusätzlich durch ihre Adoptionsfamilie misshandelt wurden, einen Anspruch auf Beschädigtenversorgung besitzen könnten (Az.: 8 C 6.22). 2014 verlangte der inzwischen 52-Jährige eine „verwaltungsrechtliche Rehabilitierung“, die mit einer Beschädigtenversorgung verbunden wäre. Trotz Widerstand des Landesverwaltungsamts Sachsen-Anhalt entschied das Bundesverwaltungsgericht zugunsten des Klägers. Der 52-Jährige erhielt nun nach jahrelangem Kampf Gerechtigkeit vom Bundesverwaltungsgericht.

https://www.juraforum.de/news/bundesverwaltungsgericht-urteilt-zu-zwangsadoptionen-in-der-ddr_259321

Mehr DDR-Vergangenheit vermitteln, mehr Diktaturgeschichte erklären


Bundeskongress zur Aufarbeitung der SED-Diktatur fordert „Mehr DDR-Vergangenheit vermitteln, mehr Diktaturgeschichte erklären“ und übt Kritik an den Novellierungsplänen der Bundesregierung zu den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen.

Auf dem 27. Bundeskongress zur Aufarbeitung der SED-Diktatur übergab die Brandenburger Aufarbeitungsbeauftragte Dr. Maria Nooke der 2. Vizepräsidentin der Kultusministerkonferenz, Berlins Bildungsministerin Katharina Günther-Wünsch, die Resolution „Mehr DDR-Vergangenheit vermitteln, mehr Diktaturgeschichte erklären“ der Aufarbeitungsbeauftragten der ostdeutschen Länder, der SED-Opferbeauftragten, der Bundesstif-

tung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und des Geschichtslehrerverbandes, die von zahlreichen Teilnehmern unterzeichnet wurde.

Zentrale Forderungen sind eine stärkere Vermittlung und Auseinandersetzung mit der Geschichte der SBZ/DDR, ihre prüfungsrelevante Verankerung im Schulunterricht in ganz Deutschland und die Einrichtung von Lehrstühlen zur Zeitgeschichte mit dem Schwerpunkt Geschichte der SBZ/DDR zur Sicherung kontinuierlicher universitärer Lehre und Lehrkräfteausbildung.

Zustimmung, aber auch deutliche Kritik gab es an den Novellierungsplänen der Bundesregierung zu den SED-Unrechts-

bereinigungsgesetzen. Während die seit Jahren geforderte Dynamisierung der Opferrente und der Leistungen für beruflich Verfolgte im vorliegenden Referentenentwurf zumindest Berücksichtigung findet, fehlen zentrale Bestandteile einer dringend notwendigen Verbesserung der Lebenssituation von politisch Verfolgten durch ein neues System zur Anerkennung von verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden noch immer. Die Aufarbeitungsbeauftragten und Opferverbände fordern ebenso wie die SED-Opferbeauftragte und die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur die im Koalitionsvertrag angekündigte Einführung einer grundlegenden Vereinfachung des Systems zur Anerkennung von verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden bei politisch Verfolgten. Aktuelle Forschungsergebnisse machen die Erforderlichkeit angesichts einer hohen Zahl der davon Betroffenen bei dennoch geringer Anerkennungsquote noch einmal besonders deutlich. 

Erinnerung als Auftrag: „Historischer Kalenderdienst“ 4/2024

(Juli/August/September 2024)

Die 118. Ausgabe des „Historischen Kalenderdienstes“ weist auf Jahrestage ausgewählter historischer Ereignisse in den Monaten Juli/August/September 2024 hin. Im Erinnerungsjahr 2024 wird der Kalenderdienst einen Schwerpunkt auf die Entwicklungen des Revolutionsjahres 1989 in Deutschland und Europa setzen, die sich zum 35. Mal jähren.

Auf der Homepage <http://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de> finden Sie weiterhin täglich ein historisches Datum in der Rubrik „heute vor ...“ und weitere Ereignisse im historischen Kalendarium. Sollten Sie Fragen zu den angeführten Daten haben, stehen wir Ihnen mit Hintergrundinformationen gerne zur Verfügung. Die nächste Ausgabe des „Historischen Kalenderdienstes“ erscheint am 31. Juli 2024.

Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Koblenz

Wanderausstellung „Alles Wissen Wollen“

16. bis zum 17. Juli 2024 in Koblenz.

(Link zur Ausstellung: <https://www.stasi-unterlagen-archiv.de/informationen-zur-stasi/ausstellungen/wanderausstellung/>).

16. Juli, 13.00 Uhr, Kranzniederlegung,

18.00 Uhr Eröffnung im Bundesarchiv, Zeitzeugengesprächs, Podiums mit Frau Zupke.


17. Juli 10.00 bis 12.00 Uhr persönliches Bürgergespräch mit der Opferbeauftragten (um **Voranmeldung** wird gebeten).

Anschließend können Betroffene/Initiativen sich mit Frau Zupke in den Räumlichkeiten des Bundesarchivs persönlich austauschen. **Ohne Voranmeldung** besteht die Möglichkeit, ein Informationsangebot zu Beratungs- und Unterstützungsmöglichkeiten für Betroffene durch einen Mitarbeitenden der SED-Opferbeauftragten in Anspruch zu nehmen.

Ort: Bundesarchiv Koblenz (Hauptdienststelle),

Potsdamer Straße 1, 56075 Koblenz

Telefon: 0261 505 0, Fax: 0261 505 1803

E-Mail: koblenz@bundesarchiv.de 

Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis

Vom 29. Juni bis einschließlich 20. August 2024 bleiben unser Lernort im früheren Haftrakt B und unsere Dauerausstellung geschlossen.

Bis zum Beginn der Schließzeit ist regulär geöffnet, das Bildungsprogramm läuft, und es stehen weitere öffentliche Veranstaltungen auf dem Programm. Geöffnet Mittwoch bis Sonntag, jeweils 10 bis 17 Uhr

Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis e.V.


Kaßbergstraße 16 c, 09112 Chemnitz

Tel.: 0371 5248 6884; Fax: 0371 5248 6881

Internet: <https://gedenkort-kassberg.de/>

Mail: info@gedenkort-kassberg.de

Facebook neu: <https://www.facebook.com/lernortkassberg>

Instagram: https://www.instagram.com/lernort_kassberg/ 

Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus

Dienstag, 09. Juli 2024, 18.00 Uhr

Dr. Klaus-Rüdiger Mai, der Germanist, Historiker und Philosoph stellt sein neuestes Buch vor: Der kurze Sommer der Freiheit: Wie aus der DDR eine Diktatur wurde.

Dienstag, 23. Juli 2024, 19.00 Uhr

Dr. Steffi Brüning, die Leiterin der Dokumentations- und Gedenkstätte Rostock hält ihren Vortrag: Prostitution in der DDR: Eine Untersuchung am Beispiel von Rostock, Berlin und Leipzig, 1968 bis 1989.

Dienstag, 06. August 2024, 18.00 Uhr

Bernd Wagner, der Schriftsteller stellt seine deutsch-deutschen Geschichten vor: VERLASSENE WERKE 1976–1985.

Dienstag, 20. August 2024, 18.00 Uhr

Siegmar Faust, der zweifache politische DDR-Häftling präsentiert sein autobiografisches Werk: VERDOPPELTES LEBEN.

Dienstag, 03. September 2024, 18.00 Uhr

Dr. Alexander Gogun, der russische Historiker von der Freien Universität Berlin präsentiert seine aktuellen Forschungsergebnisse: ROTE APOKALYPSE. Wie Stalin den III. Weltkrieg anzünden wollte.

Projektförderung: Berliner Landesbeauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB)
Öffnungszeiten: Montag–Donnerstag, 10.00–18.00 Uhr sowie nach Vereinbarung.

Spendenkonto des gemeinnützigen Fördervereins

Gedenkbibliothek bei:

Deutsche Bank

DE38 1007 0848 0624 1822 00

BIC: DEUTDEDB110

Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus
Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin-Mitte (Nikolaiviertel)
Tel.: 030 – 283 43 27, www.Gedenkbibliothek.de



Zum Gedenken an den 100. Geburtstag von Horst Schüler

Bebildeter Vortrag über Horst Schüler und Lesung aus seinen Texten



Horst Schüler im Jahr 2000.

© Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion e.V.

Die Lagergemeinschaft Workuta und die Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße nehmen den 100. Geburtstag von Horst Schüler am 16. August 2024 zum Anlass für ein ehrendes Gedenken mit einem bebilderten Vortrag und einer Lesung aus den Texten des 2019 verstorbenen Journalisten. Schüler war Ehrenvorsitzender der Lagergemeinschaft Workuta und Vorstandsmitglied der UOKG (<https://www.uokg.de/verein/vorstand/>).

Horst Schüler kommt 1924 im heutigen Potsdamer Stadtteil Babelsberg zur Welt.

Als 17-Jähriger wird er Zeuge, wie sein Vater Fritz Schüler, der sich im sozialdemokratischen Widerstand gegen die Nationalsozialisten engagierte, von den Nationalsozialisten festgenommen und im Gefängnis Lindenstraße inhaftiert wird. 1942 erfolgt die Ermordung seines Vaters im KZ Sachsenhausen.

Als „Opfer des Faschismus“ kann Horst Schüler nach dem Zweiten Weltkrieg ein Volontariat bei der „Märkischen Volksstimme“ beginnen. Er verfasst eine regelmäßige Glosse, die Alltagsprobleme aufgreift, Behördenwillkür kritisiert und offenkundige Mängel beim Namen nennt. Die wachsende Zensur und ein Versuch, ihn als Spitzel zu rekrutieren, verstören Schüler. Er nimmt Verbindung mit der „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ (KgU) in West-Berlin auf. Fortan berichtet er in westlichen Zeitungen unzensiert über Verhältnisse in der Sowjetischen Besatzungszone.

1951 wird Horst Schüler vom sowjetischen Geheimdienst NKWD verhaftet und ebenfalls im Gefängnis Lindenstraße in Potsdam eingesperrt. Nach langen Verhören wird Schüler im März 1952 von

einem Sowjetischen Militärtribunal zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt und in den Lagerkomplex Workuta am nördlichen Polarkreis deportiert.

Nach seiner vorzeitigen Entlassung in die DDR geht er 1955 mit seiner Ehefrau Ingrid nach Hamburg und arbeitete dort weiter als Journalist. 1992 reist er als erster deutscher Journalist zurück nach Workuta und schreibt über seine Erlebnisse das gleichnamige Buch „Workuta: Erinnerung ohne Angst“.

Horst Schüler war langjähriger Sprecher der Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion und von 2002 bis 2007 Bundesvorsitzender der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG). Die doppelte Diktaturerfahrung prägte sein ganzes Leben.

Horst Schülers Biografie ist ebenfalls Teil der von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur konzipierten Plakatausstellung „...denen mitzuwirken versagt war. – Ostdeutsche Demokraten in der frühen Nachkriegszeit“ – die noch bis zum 18. August 2024 in der Gedenkstätte Lindenstraße zu sehen ist. Die Aus-

stellung führt die Besucher in den historischen Kontext der damaligen Zeit ein, in die Entstehung des Grundgesetzes und seiner Grundrechte sowie die parallele Errichtung einer kommunistischen Diktatur in SBZ/DDR. Mit den biografischen Tafeln werden Personen in Erinnerung gebracht, die beispielhaft für Viele sich in der SBZ und DDR im Zeitraum 1945–1953 für Demokratie und Grundrechte eingesetzt haben.

Wann: Freitag, 16. August 2024,
17.00 Uhr

Wo: Stiftung Gedenkstätte
Lindenstraße, Lindenstraße
54 | 14467 Potsdam

Begrüßung: Maria Schultz, Vorstand
der Stiftung Gedenkstätte
Lindenstraße

Grußwort: Dr. Anna Kaminsky,
Direktorin der Bundesstiftung
zur Aufarbeitung der
SED-Diktatur

Vortrag: Stefan Krikowski, Vorsit-
zender der Lagergemein-
schaft Workuta/GULag
Sowjetunion e.V.

Lesung: Alexander Bandilla,
Schauspieler und Kultur-
wissenschaftler

Telefon: 0331-971 89 005

Internet: www.gedenkstaette-
lindenstrasse.de

Öffnungszeiten

Dienstag–Sonntag 10.00–18.00 Uhr

Der Eintritt zur Veranstaltung ist frei.
Wegen der begrenzten Platzzahl wird
um Anmeldung gebeten unter [info@
gedenkstaette-lindenstrasse.de](mailto:info@gedenkstaette-lindenstrasse.de)



Hilfstransport aus Cottbus in Ukraine

Hilfstransport aus Cottbus gerade noch rechtzeitig in der Ukraine angekommen – Krankenhauslager in Odessa war nahezu leer. Mitte Mai erreichte dringend benötigtes chirurgisches Nahtmaterial im Wert von fast 40.000 Euro das zentrale Kinderkrankenhaus in der Region Odessa.

Seit Beginn des Krieges unterstützt der Verein Menschenrechtszentrum Cottbus e. V. und die ehemalige Geschäftsführerin Sylvia Wähling das Kinderkrankenhaus in Odessa mit überwiegend medizinischen Gütern. Sechs Hilfstransporte haben bisher erfolgreich ihr Ziel erreicht.

Menschenrechtszentrum Cottbus e. V./Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus Öffentliche Führung

„Die Geschichte der Cottbuser Haftanstalt nach 1945“ mit Einführung
in die neue Sonderausstellung

Wann: 19.07.2024, 16.08.2024,
jeweils 14:30 Uhr; Dauer: ca. 2 Stunden

Ort: Bautzener Straße 140,
03050 Cottbus

An den Führungen können jeweils 25
Personen teilnehmen. Wir empfehlen eine
Platzreservierung unter
[anmeldung@menschenrechtszentrum-
cottbus.de](mailto:anmeldung@menschenrechtszentrum-cottbus.de) oder der Telefonnummer
+49 (03 55) 29 01 33 - 0.

Die Teilnahme kostet 5 € pro Person
zzgl. Eintritt (regulär 8 €, ermäßigt 5 €).

Heide Schinowsky, Geschäftsführende
Vorsitzende Menschenrechtszentrum
Cottbus e. V. (MRZ)
Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus

Bautzener Str.140
03050 Cottbus



Svetlana Dikal, stellv. Ärztliche Direktorin für
Krankenpflege, und das OP-Team: „Herzlichen Dank,
das Nahtmaterial ist bereits im Einsatz“.
Quelle: Kinderkrankenhaus Odessa.

Leser des Stacheldrahtes spenden davon insgesamt 6.505 Euro.

In Zusammenarbeit mit dem Cottbuser Menschenrechtszentrum und der Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) kam der benötigte Betrag innerhalb von zwei Wochen zusammen, so dass der Jahresbedarf für das Kinderkrankenhaus beschafft werden konnte.

„Die halbe Belegschaft des Kinderkrankenhauses stand Spalier, als wir eintrafen. Die Ärztinnen und Ärzte packten beim Entladen mit an. Große Erleichterung war in allen Gesichtern zu erkennen, denn aktuell warten 400 Kinder auf eine OP, und das Krankenhauslager war nahezu leer“, berichtete der Fahrer des Hilfstransports.

Utensilien, chirurgischen Hilfen und Verbandsmaterial ist“.



Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus – öffentliche Führung von Rainer Dellmuth.
Copyright Menschenrechtszentrum Cottbus e.V./Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus

Verleihung des Karl-Wilhelm-Fricke-Preises 2024

Die Verleihung des Karl-Wilhelm-Fricke-Preises 2024 der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur fand in diesem Jahr am 13. Juni 2024 statt.

Der mit 20.000 Euro dotierte Hauptpreis ging an den Lern- und Gedenkort Kaßberg. Im Kaiserreich erbaut, wurden dort in der Zeit des Nationalsozialismus Gefangene der Gestapo, insbesondere Chemnitzer Juden, inhaftiert und missandelt. In der DDR war Kaßberg die größte Untersuchungshaftanstalt des Landes. Später war es der Ort, an dem 90 Prozent aller politischen Häftlinge in DDR-Gefängnissen für den Freikauf durch die Bundesrepublik zusammengeführt wurden. Seit 2011 kümmert sich ein Verein um die Erhaltung des Ortes. Mit der Verleihung des Hauptpreises würdigte die Jury dieses jahrelange ehrenamtliche Engagement der Vereinsmitglieder sowie insbesondere des 2019 verstorbenen Vorstandsmitglieds Volker Bausch. Die Laudatio hielt Katrin Budde MdB, Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages.

Den Sonderpreis erhielt der Journalist, Dokumentarfilmer und Autor Peter Wensierski, der zuletzt mit dem Bestseller „Jena Paradies“ ein breites Publikum erreichte. Schon mit 24 Jahren berich-


tete Wensierski als Westjournalist aus der DDR. Er brachte den Westdeutschen die Realität im zweiten deutschen Staat näher und das in einer Zeit, in der dieser zuweilen als „kommode Diktatur“ verklärt wurde. Über das Westfernsehen wirkte er aber auch in die DDR hinein und stärkte so die Selbstmobilisierung der DDR-Opposition, mit der er, oft unter Inkaufnahme persönlicher Risiken, eng zusammenarbeitete. Peter Wensierski ist somit im besten Sinne des Wortes ein politischer Journalist. Bis heute tritt er Verklärungen der DDR unermüdlich entgegen und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur in SBZ und DDR. Die Laudatio hielt Uwe Schwabe, Bürgerrechtler und Vorstandsvorsitzender des Archiv Bürgerbewegung Leipzig. Dazu der Beitrag im Stacheldraht 8/23, S. 10 von Renate Ellmenreich.

Mit dem Nachwuchspreis wurde Leonie Schöler ausgezeichnet. Mit ihrem Tik Tok Kanal @HEEYLEONIE hat sie bewiesen, dass das oft als demokratiegefährdend bezeichnete Netzwerk auch als seriöses politisch-historisches Bildungsmedium genutzt werden kann. Die Journalistin, Historikerin und Moderatorin präsentiert ihren 230.000 Followern Clips zur DDR-Geschichte, zur Geschichte des Nationalsozialismus, Geschlechtergeschichte,

zu Rassismus oder Antisemitismus. Sie tut dies in einfacher Sprache – ohne zu vereinfachen. Eine hohe Kunst, vor allem in Zeiten der Desinformation, die die Jury deshalb besonders würdigen möchte. Die Laudatio hielt Prof. Dr. Tobias Ebbrecht-Hartmann von der Hebrew University of Jerusalem.

Der Jury des Preises unter der Leitung der ehemaligen Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen Marianne Birthler gehören neben Altbundespräsident Horst Köhler die russische Menschenrechtlerin Irina Scherbakova, der Schriftsteller Marko Martin, der Preisspender Burkhard Veigel sowie die Direktorin der Bundesstiftung Aufarbeitung Anna Kaminsky an.

Preisverleihung im Livestream auf unserem YouTube-Kanal ansehen: <https://www.youtube.com/watch?v=8F79m5XiZt4>. Der Mitschnitt ist zudem in der Mediathek verfügbar.

Bundesstiftung Aufarbeitung
Kronenstraße 5 | 10117 Berlin
Fon: +49 (30) 31 98 95-0 |
Fax: +49 (30) 31 98 95-224
E-Mail:
buero@bundesstiftung-aufarbeitung.de
www.bundesstiftung-aufarbeitung.de
[facebook.com/](https://facebook.com/bundesstiftung-aufarbeitung)
BundesstiftungAufarbeitung 

Die Computergestützte Zusammensetzung von zerrissenen Stasi-Akten (virtuelle Rekonstruktion-Vreko) kann endlich weitergehen.


Der Aufarbeitungsverein Bürgerkomitee 15. Januar e.V. in Berlin begrüßt, dass es nach einem gerichtlichen Vergleich Fortschritte bei der computergestützten Wiederherstellung von Stasiakten geben kann. Ein Gericht hatte einen Vergleich zwischen dem Bund und der Fraunhofer Gesellschaft angeregt, der jetzt den Weg für weitere Schritte frei macht.

Jahrelang hatten sich beide Parteien um die Bezahlung des ersten Arbeitsschrittes gestritten. Das hatte der Bund zum Vorwand genommen, keine weiteren Arbeitsschritte auszuschreiben. „Unser Verein hat schon vor Jahren vorgeschlagen die Konflikt um die Altforderungen und die

Ausschreibung der weiteren computergestützten Akten zu trennen. Insofern begrüßen wir es, dass das Bundesarchiv diesem Vorschlag gefolgt ist. Jetzt können endlich Akten, auf die die Bespitzelten und die Forschung seit Jahren warten, rekonstruiert werden“ so Joachim Goertz, der stellvertretende Vereinsvorsitzende. „Es ist allerdings zu bedauern, dass die sogenannte virtuelle Rekonstruktion fast 15 Jahre lang brach lag.“

Der Präsident des Bundesarchivs, Prof. Michael Hollmann, hat den Vergleich kürzlich in einem Interview mit dem Verein bestätigt. Demnach soll jetzt, nachdem eine Interessenabfrage abgeschlossen

ist, eine ergebnisoffene Ausschreibung erfolgen, die auch mögliche KI-Lösungen einbezieht. Dies setzte aber die Bereitstellung von entsprechenden Finanzen voraus, so Hollmann. Im Stasiarchiv lagern immer noch über 10.000 Säcke mit Stasi-Unterlagen, die die Offiziere hektisch zerrissen, um zu verhindern, dass Bürger bei der Stasiauflösung die Akten in die Hand bekamen. Der deutsche Bundestag hatte mehrfach, zuletzt 2019, für die Fortsetzung der virtuellen Rekonstruktion votiert.

Das Interview mit Prof. Hollmann wird veröffentlicht in: H-und-G.info (Aufarbeitungsforum Heute und Gestern online) 

Stellungnahme zum Referentenentwurf zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften

Zu Artikel 4 des Referentenentwurfs (Änderung des Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes) (bei mir S. 33).

Einführung

Vom 24.–26. Mai 2024 fand in Erkner ein Treffen von SED-Opferverbänden statt. Vier Interessensvertreter von Zwangsausgesiedelten, Elisabeth Freyer (Opfer des Stalinismus Thüringen e. V.), Marie-Luise Tröbs (Bund der Zwangsausgesiedelten e. V.), Ernst Schönemann (Interessengemeinschaft Zwangsausgesiedelter Sachsen-Anhalt) und ich (AIZ) waren uns einig: Es ist zu begrüßen, dass unsere Gruppe in den Referentenentwurf aufgenommen wurde, aber der Bezug zu den Zersetzungsoffern ist unpassend und die Summe von 1.500 € in Anbetracht der sehr schwerwiegenden, komplexen Verfolgungsmaßnahmen von Zwangsausgesiedelten völlig unangemessen.

Im Entwurf wird auf Artikel 17 des Einigungsvertrages verwiesen, in dem eine „angemessene Entschädigung“ angemahnt wird und auch auf das **Buch von Inge Bennowitz und Rainer Potratz, 4. Auflage, 2012** (B/P), eine wissenschaftliche Publikation. Verweisen möchte ich noch auf die Petition (4-19-07-251-006792) von Inge Bennowitz und Dieter Dombrowski (Bundesvorsitzender der UOKG), die 2021 „als Material“ an das BMJV überwiesen wurde. Aus Fakten wurde darin abgeleitet, dass eine Summe von rund 15.000 bis 18.000 € als Analogie zur Kapitalentschädigung angemessen wäre.

Diese Petition beginnt ganz bewusst mit einem Statement von Luise Meyer. Sie verglich 1993 ihre Flucht aus Ostpreußen mit ihrer Zwangsausiedlung aus Boizenburg/Elbe. Auf der Flucht hatte sie ihre Mutter und bis auf eine Handtasche sämtliches Gepäck verloren und landete am Ende mit schwerem Typhus in einer Scheune auf verschimmeltem Stroh: „... **aber meine Flucht 1945 aus Ostpreußen war nicht so schlimm, wie das am 03. Oktober 1961**“.

Eine Aussage, die in Anbetracht des unermesslichen Flüchtlings- und Vertriebenenelends in der Folge des 2. Weltkrieges schwer nachzuvollziehen ist. Eine Ursache liegt in der individuellen Auswahl der Zwangsausgesiedelten. Den Kriterien

zufolge hätten 80% der Sperrzonenbewohner ausgesiedelt werden müssen, betroffen waren rund 3%, darunter überwiegend angesehene, alteingesessene Selbständige, die jeder kannte – andernfalls wäre weder Abschreckung noch Einschüchterung erzielt worden.

Besonders verheerend auf die Betroffenen wirkten sich auch der entwürdigende Abtransport und nicht selten die Unterbringungen in ausgesprochenen Elendsquartieren (darunter auch Pferdeställe und in „Schweinställen auf Stroh“) aus, sowie die sich anschließende Kriminalisierung (B/P S.267, 285) und Diskreditierung in den Aufnahmeorten (B/P, S. 37, 145, 119). Briefe der Kreisdienststelle Grevesmühlen (B/P, S. 312 ff) zeigen die Auswirkungen. Viele Zwangsausgesiedelte, in die Fremde verbannt, waren ob dieser Anschuldigungen („arbeitsscheue und asoziale Elemente, HwG-Personen, denen, meist weibliche Personen, Promiskuität unterstellt wird.“ usw.) für den Rest ihres DDR-Lebens völlig verunsichert, und es gab kein Licht am Ende des Tunnels.

Weder in meinem persönlichen Umfeld noch in den Akten finden sich Hinweise darauf, dass den Betroffenen verboten worden sei, darüber zu sprechen. Die unglaublichen Umstände haben dazu geführt, dass Betroffene ihr Schicksal verschwiegen haben und das Thema in der DDR nahezu unbekannt war. 1990 mussten die Betroffenen dann noch erleben, dass ihnen die Bundesregierung – den Tatsachen widersprechend – schrieb, die Vertreibung sei rechtens gewesen. Ebenso schrieb man enteigneten Grundeigentümern, ihre Enteignung sei durch das DDR-Verteidigungsgesetz gedeckt – ihre im gesamten ca. 5,5 km breiten Sperrgebiet gelegenen Häuser und Wohnungen wurden aber anschließend wieder ganz normal bewohnt.

Die Höhe der Entschädigung

Sie sollte **mindestens 10.500 €** betragen. Uns als Interessensvertreter geht es auch darum, dass dieses finstere und immer noch weitgehend unbekanntes Kapitel SED-Unrecht ins kollektive Gedächtnis gelangt. Eine „krumme“ Sum-

me, in der sich die Zahl der ursprünglich Betroffenen widerspiegelt (es waren über 12.000), würde Aufmerksamkeit erregen und Nachfragen ergeben, z. B. bei einem Betrag von 12.555 €. Man könnte sagen, dass so viele Menschen betroffen waren, das bleibt im Gedächtnis. Eine genaue Zahl der Betroffenen lässt sich durch die widersprüchliche Dokumentation beider Aktionen (1952 und 1961) durch die SED nicht angeben.

Gewürdigt werden muss das eigentliche Verfolgungsschicksal, die Zwangsvertreibung und die Zwangsansiedlung mit allem, was für jeden einzelnen folgte. Bei einer UOKG-Tagung im April 2022 „70 Jahre Aktion Ungeziefer“ wurde erörtert, dass ein Einbeziehen der Zwangsausgesiedelten in die Opferpension (dagegen gibt es keine verfassungsrechtlichen Bedenken) zwar berechtigt, aber aus Altersgründen nicht mehr sinnvoll wäre. Dies sollte sich im Gesamtbetrag widerspiegeln.

Erläuterung

Politische Haftopfer bekommen für den zu Unrecht erlittenen seelischen Schaden die Kapitalentschädigung und für ihren gefährvollen Anteil an der Schwächung des SED-Regimes die Opferpension. Zusätzlich bekommen Einzelne für anerkannte Folgeschäden (Gesundheit, Beruf, Vermögen) Leistungen durch das 2. SED-UnBerG, die natürlich nicht gegen gerechnet werden.

Ein Gegenrechnen darf auch bei den Zwangsausgesiedelten nicht geschehen: 5. und 6. Satz von unten in „Zu Artikel 4 (Änderung...)“.

Dem Buch von B/P ist zu entnehmen, dass die Betroffenen schweren seelischen Schaden erlitten haben, den Begründungen zufolge haben viele mit ihrer ständigen Kritik an den miserablen Verhältnissen in der DDR, die auch zu Haftstrafen hätten führen können, das Regime erheblich geschwächt und sind dadurch auf Listen gekommen.

In der DDR hat (der vorletzte Satz in Zu Artikel 4 (Änderung...) **niemand eine**



„Entschädigung für die Zwangsaus-siedlung“ erhalten. Wir jedoch wol-len genau das, eine Entschädigung für jeden Zwangsausgesiedelten.

Kosten

Die Zahl der 1952 bzw. 1961 aus den einzelnen Grenzkreisen und damit Ländern bzw. Bezirken Zwangsausgesiedelten ist den Tabellen B/P S. 280 und 320 zu entnehmen. Im Referenten-Entwurf ist die Zahl von 800 noch lebenden Betroffenen angegeben. Sie beruhte auf Schätzungen von April 2022 und ist nicht mehr aktuell – inzwischen fällt die Zahl der noch Lebenden rasant ab.

Die statistische Lebenserwartung von Menschen, die 1952 geboren wurden (1952 betroffene Babys) kann man googeln: Männer werden 73, Frauen 80 Jahre alt. Die Altersstruktur der 1961

Betroffenen ähnelt der von 1952: die „belasteten Personen“ waren Männer, die bereits im 3. Reich beruflich etabliert waren (Mdl-Befehl, B/P S. 285, Kat. 1. a). Die Anschuldigungen „SS“ usw. beruhten größtenteils auf Gerüchten, die SED hatte gar keinen Zugriff auf die Unterlagen im NS-Dokumentcenter in Berlin-Dahlem. Die Anschuldigungen waren der damaligen Riesen-Propaganda-Kampagne der SED gegen NS-Größen im Westen (Prozess gegen Oberländer) geschuldet.

Die „Stiftung Zwangsausgesiedelten-Hilfe Thüringen“ (letzter Satz)

Es ist richtig, dass versucht wird, innerhalb der Gruppe bestehende Ungerechtigkeiten abzuschaffen. Doch statt die ausgezahlten 2.000 € von der Entschädigungssumme abzuziehen, sollte dafür Sorge getragen werden, dass jeder Zwangsausgesiedelte sie bekommt. Diese

Stiftung wurde von thüringischen Landtagsabgeordneten als Pendant zur Vertriebenen-zuwendung (4.000 DM) erwirkt. Beides unterliegt dem Länder- und nicht dem Bundesrecht und war gedacht als Ausgleich für materielle Verluste. Dr. Johannes Wasmuth (München, Dissertation über SED-Unrecht) hat anlässlich von „20 Jahre 2. SED-UnBerG“ gesagt, wenn den Vertriebenen aus den Ostgebieten diese Zuwendung zusteht, dann stehe sie den innerhalb der DDR Vertriebenen erst recht zu. Es sollte dafür gesorgt werden, dass jeder Zwangsausgesiedelte diese Zuwendung von 2.000 € bekommt, auch die Zwangsausgesiedelten, die zum Stichtag nicht mehr in Thüringen wohnten, was gerade erst durch die Zwangsaus-siedlung verursacht wurde (Zwangsaus-siedlung in andere DDR-Länder/Bezirke).

Inge Bennewitz, Aufarbeitungsinitiative Zwangsaus-siedlungen (AIZ)

Preisverleihung des Jugend-wettbewerbs „Umbruchszeiten“

Alle zwei Jahre veranstaltet die Bundesstiftung Aufarbeitung den Jugendwettbewerb „Umbruchszeiten“. Jugendliche aus allen 16 Bundesländern haben sich dieses Jahr zum Thema „Gesellschaft in Bewegung“ mit Filmen, Podcasts, Kunstwerken, einem Theaterstück und weiteren Formaten am Wettbewerb beteiligt. Die Teilnehmer setzten sich intensiv mit der deutschen Einheit und der Transformationszeit auseinander und leisten damit einen ganz eigenen Beitrag zur geschichtlichen Aufarbeitung aus Sicht der jüngeren Generation. Insgesamt gab es 211 Einsendungen, an denen fast 1000 Jugendliche mitgearbeitet haben.

Die Gewinner stehen nunmehr fest: 33 Gruppen wurden am 10. Juni 2024 in Berlin vor 300 Gästen und in Anwesenheit des Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland, Carsten Schneider, ausgezeichnet. Die Moderation der

Veranstaltung übernahm Mirko Drotschmann, bekannt durch die ZDF-Sendung „Terra X“ und den Youtube-Kanal „Mr. Wissen to go“, auf dem er politische und historische Themen für junge Zuschauer präsentiert.

Drei erste mit je 3.000 Euro dotierte Preise wurden in Berlin verliehen: Schülerinnen und Schüler der Sorbischen Oberschule „Michał Hórnik“ in Räckelwitz gingen in ihrem Filmbeitrag der Frage nach, warum Sorbinnen und Sorben in den 1990er-Jahre die Lausitz verließen – und warum sie zurückkehrten. Die Edith-Stein-Realschule in München-Unterschleißheim überzeugte die Jury mit ihrem Theaterstück „Mutti zieht um“, das ostdeutsches Fremdsein nach dem Umzug in den Westen thematisiert. Ebenfalls einen ersten Preis erhielten die Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Schloss Plön. Ihr selbstverfasstes Theaterstück handelt vom Leben und Tod

Chris Gueffroys, des letzten Mauertoten, der 1989 erschossen wurde.

Dr. Anna Kaminsky, Direktorin der Bundesstiftung Aufarbeitung: „Wir erinnern in diesem Jahr an zwei wichtige Jahrestage: 35 Jahre Mauerfall und 75 Jahre Grundgesetz. Dass wir in diesem Gedenkjahr bei unserem Jugendwettbewerb ‚Umbruchszeiten‘ einen Einsenderekord vermelden können, freut mich ganz besonders. Vor allem die Teilnahme der vielen verschiedenen Schulformen ist ein großer Erfolg. Wir haben es geschafft, einen niedrigschwelligen Wettbewerb zu etablieren, der Real-, Ober-, Förderschulen und Gymnasien gleichermaßen anspricht. Jedes Jahr bin ich von neuem beeindruckt, wie kreativ die Zugänge zum Thema sind. Dieser Enthusiasmus der Schülerinnen und Schüler ist Inspiration für alle, die sich um eine lebendige Erinnerungskultur bemühen.“

Weitere Informationen unter <https://umbruchszeiten.de/>



Das Zeitzeugen-Portal workuta.de

Digitale Erinnerung an die deutschen GULag-Häftlinge. Die Website Workuta.de ist das digitale Vermächtnis der Lagergemeinschaft Workuta / GULag Sowjetunion. Die Biografien der auf der Website porträtierten Frauen und Männer eint, dass ein Sowjetisches Militärtribunal sie in der SBZ / DDR – beispielsweise im Ge-

fängnis „Roter Ochse“ in Halle, „Demmlerplatz“ in Schwerin oder „Lindenstraße“ in Potsdam – zu langjähriger Zwangsarbeit in einem GULag verurteilt hat.

Stefan Krikowski, Sohn eines Workuta-Häftlings, der die Website aufgebaut hat, stellte einige der dort Porträtierten vor

und gab Einblicke in die dahinterliegende Arbeit mit Quellen und Material.

Stasiunterlagenarchiv Cottbus: <https://www.stasi-unterlagen-archiv.de/archiv/standorte/cottbus/>

Workuta, Biografien deutscher GULag-Häftlinge: <https://www.workuta.de/>



Das Verbändetreffen der UOKG e.V. am 01./02. Juni 2024

Aufgrund inflationärer Hotelpreise anlässlich der Fußball-Europameisterschaft trafen wir uns nicht wie üblich Mitte Juni, sondern bereits am 01. und 02. Juni 2024, um uns über die Ereignisse der letzten sechs Monate auszutauschen. Wir danken allen für das zahlreiche Erscheinen bei strahlendem Sonnenschein.

Das Verbändetreffen wird von der Bundesgeschäftsstelle der UOKG gerne genutzt, um die Mitglieder über neue Initiativen, Projekte und Erkenntnisse zu informieren.

Petra Morawe, langjährige Referentin bei der Brandenburgischen Landesbeauftragten und nun im wohlverdienten Ruhestand, stellte uns ihr Projekt „Trauma-Fachberatungen“ vor. Aufgrund ihrer Erfahrung in dem Bereich weiß Frau Morawe, wie wichtig es ist, den Betroffenen auch niedrigschwellige Angebote zu unterbreiten. Mit Fingerspitzengefühl bietet Frau Morawe den Ratsuchenden hier viel Spielraum, um ihre Angebote zu nutzen, sodass diese nicht als zusätzliche Belastung empfunden werden. So nutzten seit Oktober 2021 insgesamt 50 Menschen und zwei Drittel davon mehrfach ihr Angebot. Der vollständige Vortrag von Frau Morawe kann unter Traumaberatung im Land Brandenburg (youtube.com) nachgeschaut werden.

Alesch Mühlbauer stellte als zuständiger Projektleiter unseren Mitgliedern das „Webportal DDR-Zwangsarbeit“ vor, welches er im Rahmen des Förderprogramms „Jugend erinnert!“ erarbeitet hat. Einerseits können Interessierte, Betroffene, Wissenschaftler, Schüler und Studenten sich einen guten Überblick über die The-

matik anhand historischer Hintergrundinformationen zur Zwangsarbeit, persönlicher Zeitzeugen-Interviews und weiterführender Literatur verschaffen. Andererseits können Multiplikatoren dieses Webportal ganz konkret in der Bildungsarbeit einsetzen. Eine gute Ergänzung stellt die interaktive Karte dar, auf der sehr viele Strafvollzugsanstalten, Jugendwerkhöfe und Durchgangsheime mit den jeweiligen Arbeitseinsatzbetrieben verzeichnet sind. Link zur Webseite: Zwangsarbeit in der DDR – Ein Webportal der UOKG e. V. (zwangsarbeit-ddr.de)

In der sich anschließenden Mitgliederversammlung berichteten unsere Mitglieder wieder über ihre zahlreichen Bemühungen, die Erinnerung an das Unrecht wachzuhalten. Immer mehr kommt es auch darauf an, das Wissen in neuen pädagogischen Formen der Jugend und unwissenden Bevölkerungsteilen nahe zu bringen. Die Lagergemeinschaft Workuta stellte die Verknüpfung zweier Webseiten vor. Es ist wichtig, die umfangreichen Arbeiten einzelner Projekte in Verbindung zu bringen.

Wir konnten auch ein neues Mitglied in der UOKG begrüßen. Janie Frómata Compte stellte den im Mai 2022 gegründeten Verein „PatriaYVida“ aus Dresden vor. Der Verein setzt sich in erster Linie für die aus politischen Gründen Inhaftierten

in Kuba ein. Seit Juli 2021 finden in Kuba landesweite Proteste statt, die zahlreiche Inhaftierungen zur Folge hatten.

Am Sonntag trafen wir uns im Besucherzentrum der Gedenkstätte Berliner Mauer. Mancher dachte sicher, er wüsste schon alles über die Mauer. Aber die Stadtführerin Anna Haase erzählte uns entlang des 1,5 Kilometer langen „Mauerstreifens“ auf sehr unterhaltsame Art



Petra Morawe, langjährige Referentin bei der Brandenburgischen Landesbeauftragten. Copyright UOKG



Verbändetreffen der UOKG e.V., Copyright UOKG

noch viele unbekannte Anekdoten über die Teilung der Stadt Berlin. Bei Interesse schauen sie mal auf ihre Webseite Willkommen (annahaase.de).

Sandra Czech, UOKG

Aus der Arbeit der SED-Opferbeauftragten

Liebe Leserinnen und Leser des Stacheldrahts, in diesem Jahr begehen wir den 75. Jahrestag der Verabschiedung des Grundgesetzes und zugleich das 35. Jubiläum der Friedlichen Revolution und des Mauerfalls.

„Achtung und Schutz der Würde und Freiheit der Persönlichkeit sind Gebot für alle staatlichen Organe, alle gesellschaftlichen Kräfte und jeden einzelnen Bürger.“

Dies ist nicht eine Textpassage aus unserem Grundgesetz. Nein, es ist Artikel 19 aus der Verfassung der DDR. Der Verfassung eines repressiven Staates, in dem über die Jahrzehnte seines Bestehens hunderttausende Menschen zu Opfern von politischer Gewalt wurden. Der Text einer Verfassung kann Menschen nicht vor staatlichem Unrecht schützen. Die politische Gewalt in der SED-Diktatur und ihre bis heute andauernden Folgen für die Betroffenen führen uns vor

Augen, dass die Demokratie und die Freiheit jedes Einzelnen nicht selbstverständlich sind. Gerade mit Blick darauf bin ich überzeugt davon, dass die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur uns dabei helfen kann, sensibel zu sein für den besonderen Wert unserer freiheitlichen Demokratie.

Vor einem Jahr gab es im Bundestag eine große Gedenkstunde zum 70. Jahrestag des DDR-Volksaufstandes. Viele von Ih-



nen werden sich an diesen bewegenden Moment erinnern. Die Opfer der Diktatur, gewürdigt im Herzen unserer Demokratie. Für mich ein ganz wichtiges Zeichen. Nach der Gedenkstunde sprach mich ein ehemaliger politischer Häftling, der mehr als ein halbes Jahrzehnt im Gefängnis in Bautzen einsaß, sichtlich bewegt von den Eindrücken des Festaktes an und sagte zu mir: „Ich bin dankbar für all die Aufmerksamkeit und Wertschätzung, die wir als Opfer hier heute erleben. Aber Kränze und Gedenkstunden allein lösen leider unsere heutigen Probleme nicht.“

Die öffentliche Würdigung der Opfer. Ja, sie ist wichtig. Unsere Gesellschaft sendet damit ein Signal an die Opfer: „Wir vergessen euch nicht“. **Aber: Wenn die konkrete Hilfe für die Betroffenen hinter der öffentlichen Wertschätzung zurückbleibt. Dann kann das öffentliche Gedenken zu einer leeren Hülle werden.** Ob es uns gelingt, die öffentliche Wertschätzung und die konkrete Unterstützung der Opfer in Einklang zu bringen. Darüber werden wesentlich die nächsten Monate entscheiden.

Der Startschuss dafür ist gefallen. Wie ich in meinem Beitrag im letzten Stacheldraht berichtet habe, hat das Bundesjustizministerium in den letzten Wochen einen Entwurf für die Überarbeitung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze vorgelegt. Ein Entwurf mit Licht, aber leider auch mit viel Schatten. Der Vorschlag von Bundesjustizminister Buschmann enthält einige gute Punkte. Insbesondere die Dynamisierung der Opferrente und der Ausgleichsleistung für Beruflich Rehabilitierte. Dafür bin ich als Opferbeauftragte wirklich dankbar.

Unter dem Strich aber, wirkt der Vorschlag mutlos auf mich. Mutlos, weil er an vielen, den eigentlichen Problemen der Opfer, vorbeigeht. Das sage ich so deutlich, weil der Koalitionsvertrag den Opfern einen größeren Wurf versprochen hat. Und, das sage ich so deutlich, da der Bundestag im letzten Sommer die Bundesregierung aufgefordert hat, bei dieser Gesetzesnovelle die Impulse der SED-Opferbeauftragten, meine Impulse, zu berücksichtigen.

Meine Impulse, die ich ganz wesentlich mit den Opferverbänden, den Landesbeauftragten und den Beratungsstellen entwickelt habe, habe ich ganz aktuell dem Deutschen Bundestag mit meinem neuen Jahresbericht und einer Stellungnahme zum Referentenentwurf vorgelegt. Beides finden Sie im Internet unter: <https://www.bundestag.de/sed-opferbeauftragte>

Mit meinem Bericht informiere ich die Bundespolitik über die aktuelle Lage der SBZ-/SED-Opfer und zeige auf, wo weiterhin Handlungsbedarfe bestehen. Diese Handlungsbedarfe beschränken sich für mich nicht nur auf die gesetzlichen Grundlagen unseres Unterstützungssystems, sondern beziehen sich ebenso auch auf die öffentliche Auseinandersetzung mit der Zeit der Deutschen Teilung und den Menschenrechtsverletzungen in der DDR. Ganz wichtig ist mir dabei im Jahresbericht, der Politik die konkrete Situation der einzelnen Opfergruppen nahebringen.

Mir ist bewusst, dass ich als Opferbeauftragte mit meinen Forderungen nach der Schaffung von neuen Regelungen auch in Zeiten knapper Kassen der Politik viel

abverlange. Dies hat aber einen wesentlichen Grund: Viele unserer Gesetze, wie beispielsweise die zum Sozialen Entschädigungsrecht, sind auf einschneidende und folgenreiche Erfahrungen von Menschen in demokratischen Strukturen ausgelegt. Diese Regelungen greifen daher, wenn es um die Opfer der SED-Diktatur geht, zwangsläufig meist zu kurz. Das Werben um besondere Regelungen für die Opfer der Diktatur hat daher nichts mit einer Privilegierung zu tun, sondern vielmehr mit dem Versuch, die bestehenden Benachteiligungen auszugleichen. Oder, um es anders auf den Punkt zu bringen: Gleiches sollte gleich, aber Ungleiches ungleich behandelt werden! Um den Opfern der Diktatur angemessen helfen zu können, brauchen wir endlich passende Instrumente. Das sind Regelungen, die den besonderen Hintergründen von Repression in einer Diktatur Rechnung tragen.

Zu dem Finden dieser geeigneten Instrumente möchte ich mit meinem Jahresbericht 2024 als SED-Opferbeauftragte beim Deutschen Bundestag meinen Beitrag leisten.

Über die ersten Signale, die ich aus der Politik auf meinen Bericht erhalten habe, bin ich ausgesprochen dankbar. So hat die Ministerpräsidentenkonferenz Ost mit einem einstimmigen Beschluss am 18. Juni die Bundesregierung aufgefordert, eine gesetzliche Regelung für eine Verbesserung der Anerkennung der Gesundheitsschäden zu schaffen. Dieser Beschluss ist wichtig, da der Koalitionsvertrag ein Einvernehmen mit den Ländern fordert. Und auch im Bundestag gibt es Bewegung. So haben in Reaktion auf meinen Jahresbericht und auf die gemeinsame Kritik am Referentenentwurf sich die Bundestagsfraktionen der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU/CSU an unsere Seite gestellt und Nachbesserungen insbesondere bei der Anerkennung der Gesundheitsschäden gefordert. Diese klaren Signale aus der Politik bestärken mich darin, den eingeschlagenen Weg gemeinsam mit den Opferverbänden weiterzugehen: Über die SED-Diktatur aufklären, die aktuelle Situation der Betroffenen den Politikerinnen und Politikern nahebringen und konkrete Handlungsschritte für Verbesserungen aufzeigen.

Denn wer die Diktatur versteht, der versteht auch ihre Folgen.

Ihre Evelyn Zupke



Die SED-Opferbeauftragte stellt die wichtigsten Forderungen aus ihrem Jahresbericht am 13. Juni in der Bundespressekonferenz vor. Foto: © Team Zupke

Schulausstellung am Dreilinden-Gymnasium

Kai Wegner, Regierender Bürgermeister von Berlin, eröffnete eine Schulausstellung zum Volksaufstand in der DDR am 17. Juni 2024 am Dreilinden-Gymnasium.


Zum 71. Jahrestag des Volksaufstands in der DDR präsentieren Schülerinnen und Schüler der zehnten Klassen des Gymnasiums in Berlin-Wannsee eine vom Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB) geförderte Ausstellung. An der Eröffnung am 17. Juni 2024 nahmen der Regierende Bürgermeister von Berlin, Kai Wegner, der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte Frank Ebert und sein Stellvertreter Dr. Jens Schöne teil. Im Rahmen eines Podiumsgesprächs hatten Schülerinnen und Schüler des Projektteams die Möglichkeit mit dem Regierenden Bürgermeister zu diskutieren. Im Anschluss daran eröffnete Kai Wegner die Ausstellung gemeinsam mit dem Aufarbeitungsbeauftragten, dem Schulleiter Jens Stiller und den Schülerinnen und Schülern feierlich.

Die Ausstellung zeigt auf acht Aufstellungstafeln Ursachen, Verlauf und Folgen des

Volksaufstands in der DDR und informiert über die Strukturen der SED-Diktatur. Die Idee für das Projekt hatte Geschichtslehrer Florian Gaube, umgesetzt haben es die Schülerinnen und Schüler der zehnten Klassen gemeinsam mit ihren Lehrkräften und mit Medienpädagogin Antje Bernhardt vom Kooperationsnetzwerk media.Bildungspartner. Die Schau ist als Wanderausstellung konzipiert und soll zukünftig auch anderen Schulen in Berlin zur Verfügung stehen.

Frank Ebert: „Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 ist eines der einschneidendsten Ereignisse deutsch-deutscher Geschichte. Bei der Beschäftigung mit den Ursachen und Folgen des Aufstands können Schülerinnen und Schüler erfahren, was es bedeutet in einer Diktatur zu leben. Ich bin dem Dreilinden-Gymnasium und seinen Lehrkräften sehr dankbar, dass sie

diesem wichtigen Thema so viel Platz im Unterricht einräumen.“


Hintergrund: Am 17. Juni 1953 gingen rund eine Million Menschen in Ost-Berlin und in mehr als 700 Orten der DDR auf die Straße. Zunächst richtete sich der Protest gegen eine Erhöhung der Arbeitsnormen. Weitere Forderungen kamen schnell dazu: Verbesserung der Lebensbedingungen, das Ende des SED-Regimes, freie, geheime und direkte Wahlen, die Freilassung politischer Gefangener, die Zulassung demokratischer Parteien und die Einheit Deutschlands. Sowjetische Panzer setzten dem Volksaufstand ein blutiges Ende: Mindestens 55 Menschen wurden getötet, 15.000 weitere wurden verhaftet, rund 1.500 von ihnen später verurteilt. Sowjetische Standgerichte erschossen 18 Menschen, zwei Todesurteile fällten DDR-Gerichte. 

Gedenkstätte Lieberose in Jamlitz

Die Gedenkstätte Lieberose in Jamlitz erinnerte am Sonntag, 23. Juni 2024, mit einer szenischen Lesung an den ersten Transport von 2.400 jüdischen Häftlingen aus dem KZ Auschwitz-Birkenau in das KZ-Außenlager Lieberose am 05. Juni 1944. Im Mittelpunkt der Veranstaltung, die im ehemaligen Bahnhof in Jamlitz stattfand, stand die Cottbuser Gleis- und Tiefbaufirma Richard Reckmann, die nicht nur im Außenlager Lieberose und in zahlreichen Ghettos in Polen und in der Ukraine mit jüdischen Arbeitsklaven Aufträge der Reichsbahn und der Waffen-SS ausführte. Auch im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau errichtete die Firma zahlreiche Bauwerke wie die Selektionsrampe und die Gaskammern II und III im Vernichtungslager Birkenau sowie zahlreiche Gleisanschlüsse. Die Cottbuser Firma hat aus der Ausbeutung von jüdischen Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen sowie sowjetischen Kriegsgefangenen enorme Gewinne erzielt und ist für die Tod vieler zur Arbeit in ihrer Firma gezwungener Menschen verantwortlich. Verurteilt jedoch wurde der Firmeninhaber Richard Reckmann dafür nie.

Im November 1943 traf in dem im südbrandenburgischen Dorf Jamlitz von der

SS errichteten Außenlager Lieberose ein erster Häftlingstransport aus dem KZ Sachsenhausen ein. Insgesamt wurden hier bis Anfang Februar 1945 rund 6.000 bis 8.000 Häftlinge unter unmenschlichen Arbeitsbedingungen für den Bau des Truppenübungsplatzes „Kurmark“ der Waffen-SS eingesetzt. Bei den Häftlingen handelte es sich überwiegend um Juden aus den besetzten europäischen Ländern, vor allem aus Ungarn und Polen. Unmittelbar vor der Räumung des Lagers ermordete die SS Anfang Februar 1945 auf dem Lagergelände mehr als 1.300 überwiegend jüdische Häftlinge.

Von September 1945 bis April 1947 nutzte die sowjetische Besatzungsmacht das Lager als Speziallager Nr. 6. Von den ca. 10.200 Inhaftierten starben rund 3.400 an Hunger und Krankheiten. Seit 2003 erinnern zwei Freiluft-Ausstellungen am historischen Ort an die Geschichte der beiden Lager. 2018 wurde auf dem historischen Lagergelände ein Gedenkort für die Opfer des KZ-Außenlagers eingerichtet. Ende Juni 2023 wurde die Gedenkstätte Lieberose in Jamlitz Teil der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, die den weiteren Ausbau dieses wichtigen Erinnerungsortes plant. 



Die Selektionsrampe im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau, die 1943/1944 von der Firma Reckmann mit jüdischen Häftlingen errichtet wurde. (Foto: Ulrich Müller).

DDR-Kindergefängnis Bad Freienwalde

Am 30. Mai wurde in der VHS-Frankfurt (Oder) eine Ausstellung über das DDR-Kindergefängnis Bad Freienwalde eröffnet. Zahlreiche Besucherinnen und Besucher, darunter Zeitzeugen und Historiker, nahmen an der Eröffnungsfeier teil und zeigten großes Interesse an diesem wichtigen Kapitel der DDR-Geschichte. Die Programmbereichsleiterin an der VHS Uta Kurzwelly ist sehr erfreut, die Ausstellung in ihrem Haus präsentieren zu können: „Wir glauben nicht, dass Wegschauen eine Lösung ist“.

Die Ausstellung mit Multimedia-Elementen, bei denen ehemalige Insassen ihre schockierenden Erlebnisse schildern, gibt einen eindrucksvollen Einblick in das Leben und Leid der Kinder und Ju-

„Trotz vollmundiger Ankündigungen aus der Politik mussten wir über 15 Jahre um echte Anerkennung unseres Unrechts kämpfen und permanent vor Gericht ziehen“, kritisierte Roland Herrmann vom Verein „DDR-Kindergefängnis Bad Freienwalde“. Erst nachdem sich die damalige Landtagsabgeordnete Heide Schinowsky in den 2010er Jahren für die Opfer einsetzte, wurden die ehemaligen Insassen entschädigt. Mittlerweile ist das Thema auch auf Bundesebene angekommen. Erst im letzten Jahr traf sich der Verein mit der Brandenburger Bundestagsabgeordneten Annalena Baerbock und der Landtagsabgeordneten Sahra Damus (beide Bündnis 90/ Die Grünen) zu einem gemeinsamen Austausch und Gedenken in Bad Freienwalde.

Ausstellung dauerhaft in dem heutigen Polizeirevier gezeigt wird. Karsten Herold vom FdMk e.V. berichtete bei der Eröffnung, dass von Seiten der Revierleitung Bad Freienwalde erst große Offenheit signalisiert wurde. Zuletzt hatte die Leitung der Polizeidirektion dem Ansinnen jedoch leider eine Absage erteilt.

„Wir sind unser ganzes Leben lang den Kampf gewohnt. Das was uns angetan wurde, darf niemals wieder geschehen, daher setzen wir uns auch weiterhin für die Aufarbeitung und Aufklärung ein...“, sagte Herrmann. Sein Verein wolle sich jetzt an die Frankfurter Landtagsabgeordnete Sahra Damus mit der Bitte um Unterstützung wenden, wie man direkt in dem ehemaligen Kindergefängnis die Aufarbeitung vertiefen kann. Opferverband: Der Kampf um Aufarbeitung geht weiter. Bis dahin werde die Ausstellung an verschiedenen Orten in Brandenburg gezeigt, so Herold.

Die Ausstellung ist von Montag bis Donnerstag von 10.00 Uhr bis 20.00 Uhr in der VHS, Gartenstr. 1 Gartenstraße 1, 15230 Frankfurt (Oder), bis zum 11. Juli zu besichtigen. Der Eintritt ist frei.

Hintergrund

Das frühere Gefängnis in Bad Freienwalde wurde 1968 der Jugendhilfe Frankfurt (Oder) zur Nutzung übergeben. Die DDR-Jugendhilfe machte es ohne Umbau zum Durchgangsheim. Darin sollten Kinder und Jugendliche, die auf einen Heimplatz warteten, für maximal 18 Tage untergebracht werden. Diese Maximaldauer wurde jedoch nur selten eingehalten. Nach Umbaumaßnahmen wird das Gebäude seit 2017 als Polizeirevier genutzt.

Seit 2017 gibt es ein Mahnmal vor dem ehemaligen Kindergefängnis in Bad Freienwalde. Der Verein „Kindergefängnis Bad Freienwalde“ widmet sich seit 2010 der Aufklärung. Mittlerweile sind fast alle ehemaligen Insassen rehabilitiert worden.

Mike Kess

Verein „Kindergefängnis
Bad Freienwalde“

Tel.: 03361 30 54 84

Mobil: 0171 45 63 113

Mail: r.herrmann@

kindergefängnisbadfreienwalde.de

Internet: www.

kindergefängnisbadfreienwalde.de



Ausstellungseröffnung in Frankfurt (Oder): Roland Herrmann mit seinem markanten Cowboyhut.

gendlichen, die in der DDR zu Unrecht inhaftiert wurden. Persönliche Geschichten und historische Dokumente verdeutlichen das Unrecht, das ihnen widerfahren ist.

Während der Eröffnungszeremonie betonten mehrere Redner, darunter ehemalige Insassen des Kindergefängnisses und Historiker, die Bedeutung der Aufarbeitung und die Notwendigkeit der Erinnerung. Die emotionalen und eindrucksvollen Berichte der Zeitzeugen bewegten die Anwesenden tief. Der Aufarbeitungsexperte Dr. Christian Sachse vom Dachverband Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) erläuterte eindrücklich, wie in der DDR bei „nicht systemkonformen“ Kindern und Jugendlichen die „Persönlichkeit gebrochen“ wurde. Dazu zählten auch sexueller Missbrauch und Zwangsarbeit.

kaum einen Abschluss finden, wenn wir uns jedes Jahr wieder und wieder an die Vergangenheit erinnern müssen, während die Täter frei rumlaufen und gänzlich unbehelligt bleiben“, erklärte Pahl.

Jetzt will sich der Verein verstärkt für ein Gedenken in der Stätte ihres Leidens einsetzen. „Wir würden gerne eine ehemalige Zelle zu einem Ausstellungsraum machen, damit die Nachwelt sieht, wie die DDR ihre Kinder und Jugendlichen einsperrte. Das jüngste Kind dort war damals 3 Jahre alt“, so Herrmann. Doch so leicht scheint der Wunsch der Betroffenen nicht umsetzbar zu sein. Das ehemalige Kindergefängnis in Bad Freienwalde wird heute als ein Polizeirevier genutzt.

Die Ausstellungsmacher vom Förderverein für demokratische Medienkultur e. V. (FdMk e.V.) wollten ursprünglich, dass die



Gedenkgottesdienst für Alexej Nawalny

Am 04. Juni 2024 fand in der St. Marienkirche-Friedrichswerder Berlin ein Gottesdienst für den verstorbenen Alexei Nawalny statt. Unter der Leitung von Christian Stäblein, Beauftragter für Flüchtlingsfragen in der EKD und Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO), haben Weggefährten von Alexei Nawalny an sein Leben, das dem Kampf für Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit gewidmet war, erinnert.

Aus Anlass seines Geburtstages fanden am 04. Juni in vielen Ländern Veranstaltungen und Aktionen zum Gedenken an Alexei Nawalny statt. An dem Gottesdienst in der Marienkirche nahm auch Ehefrau Julia Nawalnaja teil.


Der Kreml-Kritiker Alexei Nawalny war am 16. Februar im Alter von 47 Jahren im Straflager „Polarwolf“ am Polarkreis in Sibirien zusammengebrochen und gestorben. Die Todesursache wurde nicht unabhängig geklärt. Er saß seit 2021 in Russland in Lagerhaft.

2020 überlebte Nawalny einen Giftnachschlag. Nach seiner erfolgreichen Behandlung in Deutschland kehrte er nach Russland zurück. Nawalny war am 12. Mai posthum mit dem Friedenspreis Dresden geehrt worden

Der Mitschnitt des Gottesdienst-Livestreams ist weiterhin über Youtube verfügbar.

– <https://www.ekd.de/gedenkgottesdienst-fuer-alexey-navalny-84340.htm>

– <https://marienkirche-berlin.de/gedenkgottesdienst-fuer-alexey-nawalny-am-4-juni-2024/>

„Die Festnahme einer Person verliert ihre Bedeutung, wenn es viele von uns gibt. Komm und nimm meinen Platz ein.“ Zitat Alexei Nawalny, 2018. 



Julia Nawalnaja am 04. Juni 2024 in der St. Marienkirche-Friedrichswerder Berlin. Fotos: Petra Dombrowski



Gedenkgottesdienst für Alexei Nawalny – 04. Juni 2024 in der St. Marienkirche-Friedrichswerder Berlin.

Es ist Zeit, ihm wieder Dank zu sagen!

Oskar Brüsewitz zum 95. Geburtstag

Pfarrer Oskar Brüsewitz entzündete sich am 18. August 1976 in Zeitz selbst, um die Diskriminierung von Christen in der DDR anzuprangern. Am 30. Mai jährte sich der Geburtstag eines der bekanntesten Pfarrer aus Sachsen-Anhalt zum 95. Male. Oskar Brüsewitz ist eine der wenigen Personen, die es nach 1949 zu europaweiter Bekanntheit gebracht haben und in jedes deutsche Geschichtsbuch gelangt sind. Wegen seines wirksamen Widerstandes gegen die SED-Diktatur gilt er als einer der bedeutenden Wegbereiter der Friedlichen Revolution in der DDR 1989 und der Wiedervereinigung Deutschlands 1990. Wenn in den kommenden Jahren ein Denkmal errichtet wird für die Helden der Friedlichen Revolution, denen es ge-

lang in Deutschland eine Revolution zum Erfolg zu führen und die SED-Diktatur zu stürzen, so wird es ein wenig auch Oskar Brüsewitz gelten. Für ihn gibt es in Zeitz bereits eine Gedenksäule und in mehreren Orten Gedenktafeln. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) und die (katholische) Deutsche Bischofskonferenz nahmen ihn neben Dietrich Bonhoeffer, Paul Schneider und anderen in die Liste der „Christlichen Märtyrer des 20. Jahrhunderts“ auf (Joseph Hummel u. Christoph Strohm Hg.: Zeugen einer besseren Welt. Christliche Märtyrer des 20. Jahrhunderts, Leipzig 2000.).

In die Wiege gelegt wurde ihm dieses Schicksal nicht. Am 30.5.1929 erblickte

er in Willkischken in Litauen in einer Familie von Handwerkern und Landwirten das Licht der Welt. 1944 wurde er zur Wehrmacht eingezogen, kam in sowjetische Kriegsgefangenschaft und wurde 1945 in die sowjetische Besatzungszone entlassen. In Colditz bei Leipzig erlernte er das Schuhmacherhandwerk, siedelte in den Westen über, legte 1951 in Melle bei Osnabrück die Meisterprüfung ab und eröffnete eine Schuhmacherwerkstatt. Seine erste Ehe scheiterte. Er verließ Ehefrau und Tochter, zog 1954 in die DDR um, wo er in verschiedenen Orten als Schuhmachermeister tätig war. Er heiratete und gründete eine neue Familie. In seiner Freizeit engagierte er sich in den evangelischen Gemeinden, von 1960



bis 1964 in Weißensee bei Erfurt, auch als Katechet und Laienprediger. Unter anderem organisierte er die Evangelisationsarbeit. Dort kam sein besonderes Talent zum Vorschein, mit einfachen aber damals ungewöhnlichen Werbekampagnen wie Neonkreuzen, Plakataktionen und auffälligen Schaukästen öffentlich auf die Kirche aufmerksam zu machen und besonders Jugendliche für das Christentum zu begeistern. Das rief die SED und die Staatssicherheit auf den Plan, die seinen Schaukasten zerstörte. Wie andere Bürgerrechtler in der DDR auch, bestand dieser Schuhmachermeister jedoch auf seinem verfassungsmäßigen Recht, insbesondere der freien Religionsausübung, ließ sich nicht einschüchtern und setzte seine Aktionen fort. Das führte in Weißensee zu weiteren Konflikten mit dem Staat und in der Folge auch mit den kirchlichen Amtsträgern.

Diese Vorgänge erinnern an das Schicksal anderer Oppositioneller und Bürgerrechtler in der DDR, die ebenfalls an irgendeinem Punkt – sei es Umweltverschmutzung, Religionsausübung, gefälschte Wahlen, Reisefreiheit, Wehrdienstverweigerung oder Meinungsfreiheit – mit dem Staat in ernsthaften Konflikt kamen, jedoch auf ihren Rechten bestanden und energisch Widerstand gegen die Staatsmacht leisteten, wie Bärbel Bohley, Matthias Domaschk, Freya Klier, Erich Loest, Stephan Krawczyk, Markus Meckel, Ulrike Poppe, Friedrich Schorlemmer und andere.

Brüsewitz ging dem Konflikt mit der Diktatur in diesem Fall 1964 in Weißensee diplomatisch aus dem Weg, wechselte nach Erfurt und ließ sich vier Jahre an der Predigerschule zum evangelischen Pfarrer ausbilden. Ab 1969 übernahm er in dem Dorf Rippicha bei Zeitz eine Pfarrstelle, zu der zwar neun Dörfer gehörten, in deren Kirchen es sonntags jedoch kaum noch Gottesdienstbesucher gab.

Mit Ehefrau Christa und zwei Kindern als Pfarrer auf dem Dorf, dort hatte Oskar Brüsewitz die Nische gefunden, in der er seine Wünsche und seine Begabungen kraftvoll umsetzen konnte. Mit Elan, vielen guten Ideen und der Unterstützung durch seine Familie und Freunde ging er mit Freude und raschen Erfolgen ans Werk. Schon bald füllte sich seine Kirche. Selbst aus der Nachbarstadt Zeitz kamen sonntags regelmäßig Besucher in seine Gottesdienste. Es gelang ihm auch die Jugend für seine Veranstaltungen zu interessieren. Da hoppelten auch mal Hasen durch das Gotteshaus oder es wurde anschließend Fußball gespielt. Er war ein Mann der Tat. Dass er von Haus aus etwas von handwerklichen Arbeiten, Landwirtschaft, Pferden, Schafen und Kaninchenzucht verstand, brachte ihm Pluspunkte bei den Dorfbewohnern ein. Bei Spiele-Nachmittagen kamen auch Kinder aus atheistischen Familien ins Pfarrhaus. Auch die katholische Gemeinde aus Zeitz fand sich zu ökumenischen Veranstaltungen bei ihm ein.

Außerdem führte er eine filmreife öffentliche Auseinandersetzung mit dem kommunistischen Staat, was ihm ebenfalls bei vielen Bürgern Achtung einbrachte: Entgegen dem Willen der SED und der geltenden Gesetze errichtete er einen „Evangelischen Kinderspielplatz“, brachte an der Kirche ein kilometerweit sichtbares Kreuz aus leuchtenden Neonröhren an und stellte Schilder auf, die die allgegenwärtige SED-Propaganda lächerlich machte. Plakatierte der kommunistische Bürgermeister zum Staatsjubiläum stolz **„25 Jahre DDR“**, konterte Brüsewitz mit dem Schild **„2000 Jahre Kirche Jesu Christi“**. Warb die SED im ländlichen Raum mit **„Ohne Gott und Sonnenschein bringen wir die Ernte ein“**, so plakatierte Brüsewitz die andere Seite der Wahrheit: **„Ohne Sonne ohne Gott geht die ganze Welt bankrott“**. Dem Bürgermeister prophezeite er zu einer Zeit, als

es in der DDR noch niemand zu denken und schon gar nicht öffentlich zu sagen wagte: **„Sie werden eines Morgens aufstehen und feststellen, dass der Marxismus nicht mehr existiert“** und bei anderer Gelegenheit: **„Unsere Kirchenglocken werden noch läuten, wenn sich draußen keiner mehr an Marxismus-Leninismus erinnert.“**

Es gibt zahlreiche solcher Geschichten, die zum wertvollen Anekdotenschatz der Zeitzer Region gehören. Zu seinem 95. Geburtstag tut man gut daran, sich an diesen klugen, mutigen und unternehmungslustigen Pfarrer zu erinnern, von dem man auch heute manches lernen könnte, wenn Menschen für eine humanistische Idee begeistert werden sollen oder wenn es darum geht, einer Diktatur geistvoll und gewaltfrei Widerstand zu leisten – und die Hoffnung auf eine Wende zum Guten niemals aufzugeben, auch wenn im Umfeld Zagen und Pessimismus vorherrschen.

Der kirchliche Konsistorialpräsident und spätere Ministerpräsident, Manfred Stolpe, schrieb später, dass Brüsewitz schon in den 1970er Jahren, lange vor anderen, die Richtung der Lösung für das DDR-Problem gewusst habe, dass er ein Vorbote des Systemwechsels war und dass er den Lauf der DDR-Geschichte zum Besseren verändert hat: „Nicht Einzelverbesserungen, sondern nur eine generelle Wende zur Freiheit konnte auch Gewissensfreiheit bringen. Eine solche Veränderung ... musste durch Demonstration, durch das Volk erzwungen werden. ... Aber Brüsewitz spürte die Richtung der Lösung. 1976 war er allein und entschied sich für die Selbstverbrennung als die schärfste öffentliche Demonstration.“ (Karsten Krampitz, Lothar Tautz, Dieter Ziehbarth Hg.: Ich werde dann gehen. Leipzig 2006, S. 173.). Als ihn SED und Stasi, und dann auch seine kirchlichen Vorgesetzten, zum Verlassen seiner Pfarrgemeinde zwingen

Wie Helmut Kohl die Staatssicherheit ausschaltete

Im Sommer 1988 reiste Bundeskanzler Helmut Kohl mit seiner Frau Hannelore privat durch Thüringen und Sachsen. Die Reise war mit Erich Honecker, der 1967 Bonn besucht hatte, vereinbart worden.

Die Reise begann in Gotha und führte über Erfurt und Weimar nach Dresden, wo das Ehepaar Kohl in der Semper-Oper eine Aufführung von Richard Wagners Oper „Tannhäuser“ besucht. Umschwärmt waren die Kohls dabei Tag und Nacht von einer Horde deutscher Tschekisten in Zivil, wobei deren Ehefrauen bei der Bewachung mitwirkten.

Helmut Kohl gelang es aber, die Bewacher auszuschalten, indem er sich nicht an das vereinbarte Programm hielt, sondern sich unters Volk mischte.

Darüber wurde ein Film gedreht, der am 27. Mai im ARD-Programm zu sehen war. <https://www.ardmediathek.de>

wollten, hatte er am 18. August den Weg des eigenen Opfertodes gewählt. Dadurch löste er in der evangelischen Kirche der DDR ein grundsätzliches Umdenken gegenüber dem diktatorischen Staat und den friedlich protestierenden Bürgerrechtlern aus. Die Kirchen öffneten sich den Protestierenden, was wichtige Weichen stellte, die 1989 zur Friedlichen Revolution und zur Wiedervereinigung führten. Daran wird in Zeitz regelmäßig im August gedacht (Oskar Schmidt: Zeitzer Schicksale. Hg.: VOS in Sachsen-Anhalt 2022.).

Anlässlich seines Geburtstages Ende Mai darf man sich jedoch unbeschwert vor allem an seine fröhlichen Seiten erinnern, an die Zeiten, in denen er und seine Familie mit klugen und lustigen Mitteln Menschen für ihre christlichen Ideen und ein freundliches Miteinander begeisterten. Und wir erinnern an einen Menschen, der fest zu seinen menschenfreundlichen Prinzipien stand und dem Deutschland für sein Lebenswerk Dank sagen darf. Zu seinem Geburtstag hat er einen Blumenstrauß und ein Geburtstagsständchen

verdient. Wer interessiert ist, kann seinen Wirkungsort Rippicha, Ortsteil von Gutenborn, oder in Zeitz die Brüsewitz-Säule und Brüsewitz-Ausstellung besuchen.

Dr. Oskar Schmidt, Zeitz/Schifferstadt

Weiterführende Literatur und Informationen

- Henriette und Oskar Schmidt: Zeitzer Schicksale. Über Oskar Brüsewitz, Arthur Jubelt, Martin Meißner und andere Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft im Kreis Zeitz 1945–1989. Verlag Magdeburg, Vereinigung der Opfer des Stalinismus in Sachsen-Anhalt e.V., 2022, 425 Seiten.
- Karsten Krampitz, Der Fall Brüsewitz. Staat und Kirche in der DDR, Berlin 2016.
- Helmut Müller-Enbergs, Wolfgang Stock, Marco Wiesner, Das Fanal. Das Opfer des Pfarrers Brüsewitz aus Rippicha und die evangelische Kirche, Münster 1999.

Oskar Brüsewitz.
Foto: Esther Fröbel

- Daniela Münkel (Hrsg.), Die DDR im Blick der Stasi- Die geheimen Berichte an die SED-Führung 1953 bis 1989, Jahrgang 1976.
- Bundesarchiv: <https://www.stasi-unterlagen-archiv.de/informationen-zur-stasi/themen/beitrag/oskar-bruesewitz-die-selbstverbrennung-eines-pfarrers/>



Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum e. V.

Besonders im Fokus stehen aktuell die Reform- bzw. Änderungsvorschläge für die Rehabilitierungsvorschriften. Hier haben wir konkrete Texte für Gesetzesänderungen eingebracht, die sich auf die Maßnahmen zur Streichung der überflüssig gewordenen Regelungen beziehen, z.B. den Wegfall des § 3 Abs. 10 des Ausgleichsleistungsgesetzes. Hier soll unbedingt eine Streichung der 15-Jährigen Zweckbindung sichergestellt werden. Wir bleiben diesem Vorschlag auf den Fersen und haben die Streichung im Bundestag schon vorgeschlagen.

In der letzten Woche erhielten wir eine umfangreiche Sammlung der Archivunterlagen der IOB (Interessengemeinschaft der Opfer der Bodenreform), die sich im Besitz des Kölner Rechtsanwaltes Dr. Rosenberger befand, zur Ergänzung der Erschließung und der Aufarbeitung an die Bundesstiftung Aufarbeitung überstellt, um den Verlust dieser umfangreichen Zeitzeugenbelege, Fälle und Materialien zu vermeiden. Es handelt sich um rund 30 gut sortierte Ordner und eine Fülle von früheren Mitglieder- Informationen, deren Interessen wir jetzt möglicherweise jetzt mit zu übernehmen haben. So befinden sich so also die Archivunterlagen von ARE und FRE ebenso die die Heimat ver-

drängten Landvolkes (HvL) an zentraler Stelle und stehen in absehbarer Zeit für Forschungsarbeit und Wissenschaft gesichert, mit Findbuch und übersichtlicher Struktur in den Räumen der Bundesstiftung Aufarbeitung zur Verfügung.

Im Spätsommer bzw. Herbst soll dann die Intensive systematische Öffentlichkeitsarbeit mit Hilfe der zahlreichen Außenkontakte der Bundesstiftung Aufarbeitung verstärkt erfolgen. Außerdem müssen – auch nachdem einige Kontakte mit bestimmten Gymnasien wegen derer internen Probleme zunächst weniger Erfolg erbrachten – beim Schulprojekt mit neuen Gymnasien unter Zuhilfenahme der Vereinigung von Geschichtslehrern in Schulen und Oberstufenzentren Veranstaltungen vorbereitet werden. Ein Zusammenwirken mit anderen Schüler- und Jugendgruppen, bei denen sich auch an die Klassen ab Klasse 10 gewandt wird, ist in Vorbereitung, dies gilt aber vornehmlich für den brandenburgischen Bereich.

Für unsere weiteren politischen Vorstöße auf Bund- und Landesebene verwenden wir auch unsere neuere Broschüre „Verfolgt, Enteignet, Vertrieben“, die als Handreichung den Geschichtslehrern

an den Schulen mitgegeben wurden. Da wir in nächster Zeit eine Reihe von neuen Initiativen über den Bundestag und den Bundesrat zu lancieren haben, bitten wir Sie, uns mit notwendigem „Kraftstoff“ zu unterstützen, der dringend benötigt wird. Wir danken Ihnen hierfür im Voraus und berichten Ihnen über die aktuellen Vorgänge und Ergebnisse.

Über die weitere Verfolgung unseres Plans in Plänitz, ein Zentrum für Informationen und Aufarbeitung für die ländlichen Räume und besonders die neuen Länder zu gestalten und auszubauen, erhalten Sie im Juli des Jahres einen besonderen fachbezogenen Bericht. Die Dinge sind im Fluss und werden gezielt vorangehen.

Ihr ARE-Team, Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum e. V.

Ansprechpartner:

Manfred Graf von Schwerin

ARE – Plänitz: Hofstr. 5, 16845 Planitz, Telefon (033970) 51874,

Fax (033970) 51875

E-Mail: are-pl@gmx.de,

Internet: www.are-org.de

Bankverbindung: Raiffeisenbank OPR,

IBAN: DE68 1606 1938 0103 0127 94

BIC: GENODEF1NPP

Nachruf auf Hans Günter Aurich

Das Foto auf dem Studentenausweis der Universität Leipzig zeigt Hans Günter Aurich als ernsten aber zuversichtlich dreinblickenden Heranwachsenden von noch nicht mal 18 Jahren. Bei Kriegsende ist er gerade 12 Jahre alt. Sein Vater ist 1944 im Krieg gefallen. Ab 1947 besucht Hans Günter Aurich die Friedrich-Engels-Oberschule in seinem Geburtsort Meuselwitz, an der er 1950 auch sein Abitur ablegt. Geprägt ist er durch den nur 4 Jahre älteren Junglehrer Wolfgang Ostermann mit seinen Idealen des Humanismus, der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie. Durch ihn wird Hans Günter Aurich für die Verbrechen des Nationalsozialismus sensibilisiert.

Nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Diktatur glaubt Aurich an einen Neuanfang. Um den Lehrer Wolfgang Ostermann bildet sich eine kleine Schülergruppe, die kritische Texte und Literatur studiert und sogar einzelne Flugblätter mit Kritik an den Einheitslisten bei Wahlen verteilt. Schnell spüren Aurich und seine Mitschüler, dass diese freiheitlichen Gedanken mit der heraufziehenden kommunistischen Diktatur kollidieren.

Am 10. November 1950 wird Hans Günter Aurich an der Universität Leipzig immatrikuliert. Am 26. April 1952 wird er zusammen mit fünf weiteren ehemaligen Meuselwitzer Schülern verhaftet – Aurich selbst bezeichnet es als eine Verschleppung – und in das berüchtigte NKWD-Gefängnis in der Potsdamer Leistikowstraße überstellt. Wie hat er die drei Monate der so genannten Untersuchungshaft bloß überstanden? Die nächtlichen Verhöre bedeuten Folter durch Schlafentzug. Am Ende ist er gebrochen und gesteht, was das NKWD ihm zur Last legt: Vorbereitung zum aktiven Widerstand, Spionage, Vorbereitung terroristischer Handlungen sowie antisowjetische Propaganda. Mit den erpressten Geständnissen fällt ein Sowjetisches Militärtribunal am 16. Juli 1952 schwerste Urteile gegen insgesamt sieben

Personen. Grundlage ist der berüchtigte 58er Strafparagraf des russischen Strafgesetzbuches. Vier der Mitangeklagten erhalten ein Todesurteil, von denen eines später in eine Haftstrafe umgewandelt wird. Hans Günter Aurich und zwei seiner Mitangeklagten werden zu jeweils 25 Jahren Strafzarbeitslager verurteilt.

Das Foto auf dem Studentenausweis der Universität Marburg zeigt den Studenten der Chemie Hans Günter Aurich fünf Jahre älter. Die kindlichen Gesichtszüge sind weg. Aber sein Blick ist fest. Hinter ihm liegen drei Jahre GULag. Von Oktober 1952 bis Januar 1955 muss er in 10-Stunden Schichten in den Schächten vom Lager Nr. 4 in Workuta schuften. Die tägliche Schinderei im Schacht, die langen Fußmärsche bei eisiger Kälte vom Lager zum Schacht und zurück, die Schikanen der Wachmannschaft und die der Mithäftlinge bringen ihn an die Grenzen der körperlichen und seelischen Belastbarkeit. Aber am Schlimmsten, so schreibt er, empfindet er die Hoffungslosigkeit: Keine Nachricht von zu Hause, keine Aussicht auf Rückkehr.

Dank Bundeskanzler Konrad Adenauer kommt auch Hans Günter Aurich frei. Am 16. Oktober 1955 wird er im Aufnahme-lager Friedland registriert. Endlich FREIHEIT! Das Foto, aufgenommen kurz nach seiner Ankunft, zeigt ihn mit leuchteten Augen.

Keine drei Wochen später ist er an der Universität Marburg immatrikuliert, wo er sein Studium mit Promotion abschließt. 1970 wird er an seiner Universität Professor für Organische Chemie. 1958 heiratet er seine geliebte Ruth. Sie bekommen eine Tochter.

Nach seinem Ruhestand besucht Hans Günter Aurich einige der Jahrestreffen der Lagergemeinschaft Workuta. Vor allem sorgt er sich um die Aufarbeitung der Verbrechen der sowjetischen Besatzungsmacht.



Hans Günter Aurich mit 22 Jahren kurz nach seiner Freilassung im Oktober 1955. Copyright Lagergemeinschaft Workuta/GULag

Der Streit um die Ausgestaltung der Gedenkstätte Leistikowstraße in Potsdam belastet ihn sehr, denn er sieht, dass die Zeitzeugen der kommunistischen Diktatur nicht genügend partizipierend eingebunden und entsprechend in den Ausstellerräumen gewürdigt werden.

Hans Günter Aurich hat weder seinen Lehrer Wolfgang Ostermann, der ihn so sehr prägte, noch seine Mitschüler Heinz Eisfeld und Helmut Paichert – alle drei zum Tode verurteilt und in Moskau hingerichtet – vergessen. An seiner Schule in Meuselwitz – heute Veit-Ludwig-von-Seckendorff-Gymnasium – wird am 08. September 2001 eine Gedenktafel „Zum Gedenken an die Opfer der kommunistischen Diktatur und an den Widerstand an unserer Schule“ eingeweiht. Die Gedenkrede hält Hans Günter Aurich.

Am 19. Mai 2024 verstirbt Hans Günter Aurich im Alter von 91 Jahren in Kronberg im Taunus. Wir denken in diesen schweren Stunden an seine Frau und an seine Tochter.

Hans Günter Aurich, der nie seinen thüringischen Akzent verloren hat, war ein so höflicher Mensch mit feinem, unterschwelligem Humor. Die Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Internet: <https://www.workuta.de/aktuelles/index.html>

Stefan Krikowski, 27. Mai 2024

AUFRUF MAHNWACHE

Hiermit bitten wir um Teilnahme an der Mahnwache für politisch Inhaftierte auf KUBA **am 11. JULI 2024 von 10.00–16.00 Uhr** vor der Botschaft Kubas, D-10439 Berlin, Stavangerstraße 20.


Verein PatriaYVida e.V. (Mitglied der UOKG), Internet: <https://patriayvida-verein.de/home/>

Bund der Vertriebenen trifft Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow

Die BdV-Landesverbände Thüringen und Bayern trafen sich bereits Mitte März in Rudolphstein zu einer gemeinsamen Klausurtagung. Christian Knauer, Landesvorsitzender des BdV Bayern, bezeichnete den über zweistündigen Meinungsaustausch mit dem thüringischen Ministerpräsidenten Bodo Ramelow als geradezu „historisch“. Es war die erste Begegnung, zumindest des bayerischen BdV, mit einem Politiker der Partei „Die Linke“. „Die wertvollen Hinweise die wir uns gegenseitig geben konnten, motivieren zu einer Wiederholung eines solchen Treffens in München“, kommentierte Thüringens Landesvorsitzender Egon Primas.

Bodo Ramelow war pünktlich zum Tagungsort gekommen und zeigte sich während des gesamten Meinungsaustauschs ausgesprochen volksnah, ohne jegliche Allüren und voller Verständnis für die Angelegenheiten der Vertriebenenverbände. Gleich eingangs ließ er keinen Zweifel, dass es in der ehemaligen DDR „die radikalste Form im Umgang mit den Vertriebenen“ gegeben habe.

Weiterlesen: <https://bdv-bayern.de/2024/03/13/historische-begegnung-bdv-trifft-thueringens-ministerpraesident-bodo-ramelow-gemeinsame-tagung-der-landesverbaende-in-rudolphstein/>

Link zum Bund der Vertriebenen: <https://bdv-bayern.de/presse/>
Hier sind chronologisch Pressemeldungen hinterlegt. 



Begegnung von links Thüringens BdV-Landesvorsitzender Egon Primas, Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow und Bayerns BdV-Landesvorsitzender Christian Knauer. Foto: Susanne Marb/BdV

Gesundheitliche Langzeitfolgen von SED-Unrecht

Auch weit mehr als 30 Jahre nach dem Ende der DDR und der SED-Diktatur wirken die Folgen des erlittenen Unrechts in den Betroffenen, aber auch in der Gesellschaft nach. Insbesondere gesundheitliche Folgen haben langfristige Auswirkungen auf die Lebensqualität. Die Autoren betrachten neben der Stigmatisierung Betroffener in der Öffentlichkeit auch die Auswirkungen von Stress bei nicht-straftrechtlicher Repression, die Nachwirkungen des Leistungssportsystems der DDR oder die Folgen des größten Medizinskandals der DDR-Geschichte, der Hepatitis-C-verseuchten Anti-D-Prophylaxe. Sie gehen außerdem auf den Umgang der Gesellschaft mit Betroffenen ein, beispielsweise im Beratungssektor, und stellen Konzepte zur besseren Vernetzung und Weiterbildung von Beschäftigten im Hilfesystem dar.

Mit Beiträgen von Annemarie Bierstedt, Marie Blume, Veronika Engert, Eva Flem-

ming, Jörg Frommer, Adrian Gallistl, Diana Krogmann, Aylin Kuruçelik, Philipp Laue, Anne Maltusch, Ruth Marheinecke, Kris Per Schindler, Nico Schneider, Georg Schomerus, Florian Schoppe, Tobias Schott, Carsten Spitzer, Bernhard Strauß und Anne Weiß


Inhalt

- Die anhaltende Stigmatisierung von SED-Opfern – Konzepte und Implikationen
- DDR-Leistungssportler und Staatsdoping
- Sichtbare Wunden unsichtbarer Repression. Psychobiologische Langzeitfolgen nicht-straftrechtlicher Repression in der DDR
- Spätfolgen von Zersetzungsmaßnahmen durch das Ministerium für Staatssicherheit
- »Das ist wirklich so, als hätten wir was verbochen«. Eine qualitative Untersuchung des Unrechtserlebens

- und der Bewältigungsversuche Hepatitis-C-infizierter Frauen nach Anti-D-Immunprophylaxe
- Gewalt in organisierten Gewaltstrukturen. Ein Phänomen in der DDR?
- SED-Unrechtsberatung. Zwischen Bekenntnis und Neutralität

Vollständige Version im Internet:

https://psychosozial-verlag.de/resources/openaccess_pdf/6201.pdf

Bernhard Strauß, Jörg Frommer, Georg Schomerus & Carsten Spitzer Hg.: Gesundheitliche Langzeitfolgen von SED-Unrecht. Auf dem Weg zur (Ent-)Schädigung? Begutachtungen gesundheitlicher Folgeschäden nach politischer Haft in der DDR, Buchreihe: Forum Psychosozial, 203 Seiten, PDF-E-Book, 1. Aufl. 2024, Erschienen: Mai 2024, ISBN-13: 978-3-8379-6201-7, <https://psychosozial-verlag.de/programm/1000/6201-detail> 

Neue Ausgabe der Zeitschrift Gerbergasse 18

Schwerpunkt AUFARBEITUNG

Es ist ein typisch deutscher Begriff und kaum zu übersetzen: Aufarbeitung. Zu den Herausforderungen beim Aufarbeiten trägt sicher auch die breite Anwendung in den Medien und im Alltag bei. So sprechen wir verschiedenartig von einer historischen, gesellschaftlichen, moralischen oder juristischen Aufarbeitung. Unbestritten ist, dass jede Form der Aufarbeitung sowohl eine gemeinschaftliche Dimension hat wie auch eine persönliche Ebene besitzt – beides bedeutet Arbeit. Der Aufarbeitungsprozess profitiert dabei von unterschiedlichen Impulsen. Während die wissenschaftliche Forschung Analysen und Wissen bereitstellt, sind es engagierte Akteure vor Ort, die hartnäckig ein Thema untersuchen und die Aufarbeitung zu ihrer Lebensaufgabe gemacht haben. Aufarbeitung als Auseinandersetzung mit der Vergangenheit kennt keine Ablauffrist und auch keinen Schlussstrich. In der neuen „Gerbergasse 18“ wird das breite Feld der Aufarbeitung der SED-Diktatur aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet, hinterfragt und bilanziert. Wichtig ist: Diktaturaufarbeitung ist nicht rückwärtsgerichtet, sondern mischt sich in aktuelle

Debatten ein. So zeigt die Historikerin Anke Geier unter dem Motto „Historisches Wissen hilft“, in welcher Unrechtstradition die Remigrations-Fantasien der Neuen Rechten mit Vertreibungsereignissen in zwei deutschen Diktaturen stehen.

Auch das übrige Heft bietet wieder spannende Zugänge zu Themen der Zeitgeschichte und dem historisch-politischen Zeitgeschehen. Dargestellt wird etwa, wie die fakenews der DDR-Propaganda vom „Amikäfer“ 1950 eine Berufsbiografie zerstörten oder wie Vorkommnisse um einen öffentlichen Brunnen im „Orwell-Jahr“ 1984 in Greifswald zur Intervention der DDR-Geheimpolizei führten. Der Einblick in die wenig bekannte Geschichte der Freimaurerei in der DDR verdeutlicht, wie sich die Unterdrückung der freimaurerischen Organisation von der einen in eine neue Diktatur im Osten Deutschlands fortsetzte. Der Autor Utz Rachowski erinnert in einem persönlichen Nachruf an die im Januar 2024 verstorbene Ärztin Elisabeth Kunze, Frau und literarische Wegbegleiterin von Lyriker Reiner Kunze. Matias Mieth reflektiert aus Anlass einer

Stolpersteinverlegung in Jena über den Stand der städtischen Diskussions- und Geschichtskultur.

In Rezensionen werden aktuelle Publikationen besprochen. Darunter ein Buch über Biografien, die durch die innerdeutsche Grenze schicksalhaft geprägt wurden, ein Jugendbuch über die Tunnelfluchten im geteilten Berlin, eine Studie über die Homosexuellenbewegung in Ost und West sowie eine Untersuchung über das Wirken der DDR-Auslandsspionage.

Die neue „Gerbergasse 18“ (Heft 110) ist im lokalen Buchhandel oder direkt über die Geschichtswerkstatt Jena erhältlich.

Rückfragen und Informationen: Daniel Börner (Redakteur/Projektmanager)
Telefon: 03641 - 82 12 35
E-Mail: d.boerner@geschichtswerkstatt-jena.de
Internet: <https://www.geschichtswerkstatt-jena.de/>;
<https://www.facebook.com/geschichtswerkstatt.jena>

Horch-und-Guck.info 2/2024

Aufarbeitungsforum im Netz. Juni 2024. Schwerpunkte: Kontroversen zum Thema Aufarbeitung.

Die Ausgabe 2/2024 widmet sich aktuellen Kontroversen, ergänzt durch aktuelle Artikel und Rezensionen – auch um den Abstand zwischen dem Ukraine Schwerpunkt „Verdun 2.0“ und dem nächsten Schwerpunkt „Freiheitsentziehung in der DDR“ nicht zu lang werden zu lassen.

Kontroverse: Kolonie, Knast, KZ. Wo liegt der Schwerpunkt der staatlichen Erinnerungsarbeit? Ein Papier aus dem Kanzleramt provoziert Widerspruch. **Kontrovers:** Wie viel sind uns die DDR Opfer wert? Opferentschädigung zwischen Goodwill und Sparzwängen. **Kontroverse:** Die Qual der Wahl. Rechtspopulisten locken enttäuschte Bürger, gerade in Ostdeutschland. Doch Aufarbeitung der SED-Diktatur ist immer auch ein Bekenntnis zu Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechten. Alle die daran rütteln, oder Parteien in denen Personen wichtige

Funktionen haben, die am demokratischen Rechtsstaat rütteln, sind ein no-go. **Kontroverse:** Brandmauer nach links und rechts?

Was wenn es keine klaren Mehrheiten gibt? Die Merz-CDU setzt auf die doppelte Brandmauer. Auch Opfer des SED-Staates haben ein Probleme mit einer Partei, die rechtlich ihre Wurzeln in der SED hat. Menschlich verständlich, aber ist das 35 Jahre danach auch politisch klug und zeitgemäß?

Kiffen in Grenzen. Aber wie war es damals hinter der Grenze (der DDR). Manche realisierten ihre Drogen-Dreams ausgerechnet in der ehemaligen Sowjetunion. Halbzeit im Stasiarchiv. 2021 wurde es – trotz Protesten – mit dem Bundesarchiv fusioniert. In gut zwei Jahren wird evaluiert. Der Präsident des Bundesar-

chivs, Prof. Michael Hollmann, mit einem Zwischenfazit.

Kriege haben nie was Gutes. Putins Invasion beschädigt auch die ukrainische Demokratie. Präsident Selenskij amtiert nun seit 5 Jahren, inzwischen ohne Wahlen mit Kriegerrecht. Putins Offensive soll auch die westliche Demokratie auszuhöhlen. Das Krah-Krah-AfD-Syndrom grassiert offenbar auch in Georgien. Dort müssen NGOs demnächst fürchten verfolgt zu werden.

Neues aus der Forschung kommt von Titus Jaskulowski (polnische Geheimdienste), Sascha Ilko Kowalczyk (Walter Ulbricht) und Lothar Tautz (Solidarische Welt) sowie Hanno Hochmuth (Berlin).

Nächster H-und-G.info Schwer-

punkte: Articleinsendungen: H-und-G.info2@web.de
CfA: Freiheitsentzug in der DDR. Einsendeschluss 20.8.2024
CfA: Rehabilitierung, Entschädigung, Restitution. Einsendeschluss 20.10.2024

<http://h-und-g.info/>

Spendenaufwurf für „Denkmal für die Opfer von Gewaltherrschaft“

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, unser Verein „Gedenkstätte Amthordurchgang Gera“ benötigt dringend Ihre Unterstützung! Das von uns errichtete „Denkmal für die Opfer von Gewaltherrschaft“, das durch zahlreiche Kleinspenden im April 2007 ermöglicht wurde, fiel im Dezember 2023 und März 2024 brutalen Zerstörungen zum Opfer.

Um dieses wichtige Mahnmal zu reparieren und wiederherzustellen, sind wir auf Ihre Hilfe angewiesen. Wir müssen als Eigenmittel einen Betrag von 2.000 Euro aufbringen, um die notwendigen Arbeiten durchführen zu können. Das Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft unterstützt uns dankenswerterweise mit Lottomitteln in Höhe von 5.000 Euro. Doch ohne Ihre Spenden können wir die Reparatur nicht stemmen. Bitte helfen Sie uns, dieses bedeutende Denkmal zu erhalten und seine Botschaft weiterhin in die Welt zu tragen. Jeder Euro zählt und bringt uns unserem Ziel näher. Ihre Spende ist ein Zeichen der

Solidarität mit den Opfern von Gewaltherrschaft und ein starkes Signal gegen das Vergessen.

Unterstützen Sie uns in dieser schwierigen Situation und spenden Sie für die Reparatur des Denkmals. Gemeinsam können wir es schaffen, diesen wichtigen Ort des Gedenkens und der Mahnung zu bewahren.

Spendenkonto:
Deutsche Skatbank
IBAN: DE 85 8306 5408 0005 3605 79
BIC: GENODEF1 SLR
Verwendungszweck: Spende Denkmal

Im Namen des Vereins „Gedenkstätte Amthordurchgang Gera“ danken wir Ihnen von Herzen für Ihre Unterstützung!

Gedenkstätte Amthordurchgang
Amthordurchgang 9, 07545 Gera
E-Mail: inf_o@torhaus-gera.de
Tel.: 0365 5527630
Internet: <https://torhaus-gera.de/gedenken-im-oeffentlichen-raum/>



Das „Denkmal für die Opfer politischer Gewaltherrschaft“ von Matthias von Hintzenstern wurde 2007 gemeinsam mit der Stadt Gera in der Rudolf-Diener-Straße errichtet. Das Denkmal ist so aufgebaut, dass Passanten im Vorübergehen die Illusion haben, die Silhouette bewege sich. Foto Copyright Gedenkstätte Amthordurchgang Gera.



Ehemalige Gefangene verlassen das Speziallager Nr. 2, 19. Januar 1950, Thüringer Bilderdienst, Dietrich.

Die Gedenkstätte Buchenwald bittet um Ihre Unterstützung!

Die Dauerausstellung zum sowjetischen Speziallager Nr. 2 (1945–1950) wird neu gestaltet. Gesucht werden Zeitzeugenberichte, Foto- und Filmmaterial, Gegenstände aus dem Lager, Erinnerungsstücke und Berichte. Wir freuen uns über Ihre Rückmeldungen an: Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora kustodie2@buchenwald.de
Tel.: +49 (0)3643 430 130

Vladislav Drilenko, Wissenschaftlicher
Volontär Gedenkstätte Buchenwald
Kustodie 2 – Geschichte des
sowjetischen Speziallagers Nr. 2
vdrilenko@buchenwald.de
+49 (0)3643 430 189



Die passende Lektüre zum 17. Juni

Wer verstehen möchte, wie eine Diktatur auch gegen den Mehrheitswillen einer Bevölkerung errichtet werden kann, der sollte das Buch von Klaus-Rüdiger Mai lesen: „Der kurze Sommer der Freiheit – wie aus der DDR eine Diktatur wurde“. Mai auf Seite 289: „Die sowjetischen Panzer standen am Anfang der DDR, sie

sicherten sie ab, und als sie nicht mehr dazu bereit waren, verschwand die DDR.“

Klaus-Rüdiger Mai: Der kurze Sommer der Freiheit – wie aus der DDR eine Diktatur wurde, Herder Freiburg 2023. Das Buch wurde gefördert mit Mitteln der Bundesstiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur;

Die ganze Rezension: Sabine Drewes: https://www.achgut.com/artikel/die_passende_lectuere_zum_17_juni

Drewes ist im freien Teil des damals noch geteilten Deutschlands aufgewachsen und beschäftigt sich seit ihrer Jugend mit diversen Aspekten rund um



das Thema Teilung und Wiedervereinigung Deutschlands.

Das Jahr 1953

2003 erinnerten die Landeszentralen in Brandenburg und Berlin an den politischen Aufstand vom 17. Juni 1953. Das Buch fasste die Vortragsreihe „Das Jahr 1953. Ereignisse und Auswirkungen zusammen.

Die Spezifik dieser Reihe bestand darin, dass sie sich weniger den Vorgängen im

Juni 1953 widmete, sondern deren politisches Umfeld untersuchte. So werden die Entwicklungslinien der frühen 50er Jahre in der DDR und im sowjetischen Machtbereich gekennzeichnet. Dabei geht es unter anderem um die Krise in der Moskauer Zentrale unmittelbar vor und nach Stalins Tod, um die Ursachen für die explosive Situation in der DDR, um den vergleichenden Blick auf die Umbrüche in den Nachbarstaaten Polen, Tschechoslowakei und Ungarn.

Jan Foitzik, Werner Künzel, Annette Leo, Martina Weyrauch (Hg.): Das Jahr 1953. Ereignisse und Auswirkungen. Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung und der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin, Potsdam 2003, 127 Seiten.

Diese Publikation können Sie online lesen!

<https://www.politische-bildung-brandenburg.de/publikation/das-jahr-1953>

Hinweise und Korrekturen

„der stacheldraht“ 4/2024, Seite 9 „Einzigartige Bilder aus der Haftzeit“: Ich finde es sehr erfreulich, daß diese wertvollen Dokumente erhalten geblieben sind und auf Dauer aufbewahrt werden. Ich habe mich dann erinnert. Mitte November 1945 war ich aus dem Amtsgerichtsgefängnis in Cottbus, das der sowjetische Geheimdienst übernommen hatte, in das sowjetische Speziallager Ketschendorf gebracht worden. Zusammen mit etwa 1200 Jungen war ich im Jugendhaus, einem Achtfamilienhaus, untergebracht. Dort hatte niemand ein Bett (vermutlich war es in den Männerhäusern auch so). Wir lagen tags und nachts auf dem Boden, im Keller zusätzlich auf einer Holzpritsche, dicht an dicht gepackt, alle auf einer Seite, die Beine leicht angezogen. Einmal am Tag durften wir eine Stunde auf einem Platz wie Tiere in einer Runde umhergehen. Die Frage nach Bettwäsche stellt sich somit gar nicht. Es gab auch keine Decken. Schreibutensilien waren strengstens verboten. Wie ich 1946 dazu kam, Dr. Vogel, ein Arzt aus Berlin, ebenfalls Häftling und als ‚Hausarzt‘ tätig, als ‚Schreiber‘ bei seinen ‚Visiten‘ begleiten zu dürfen, weiß ich nicht mehr. Meine ‚Aufzeichnungen‘ machte ich auf einem Holzbrettchen, auf dessen Oberfläche ich mit sogenannter Kalkseife (eine Notlösung aus der Kriegszeit) eine dünne Schicht aufgetragen hatte. In diese trug ich die Anweisungen Dr. Vogels mit einem kleinen Stück Aluminiumdraht ein. Fast immer waren es Einweisungen in das Lagerlazarett (zum Sterben), denn ‚Behandlungen‘ gab es, außer Abwaschen mit Chlorwasser, nicht. Danach wurde die Kalkschicht mit Wasser abgewaschen. So war es für mich wie eine Erlösung, daß ich am 31.01.1947 zusammen mit 314* anderen Häftlingen in verschlossenen Viehwaggons die Fahrt ins Ungewisse antreten mußte/konnte, die dann am 06.03.1947 in Prokopjewsk (Mittelsibirien) endete.

*Aus Dr. Werner Teltow, Pelzmützentransport; Initiativgruppe Internierungslager Ketschendorf e. V., 2002; keine ISBN.

Aus der Erinnerung aufgeschrieben von Wolfgang Lehmann im Brachet 2024 im 96. Lebensjahr.

Der Wochenrückblick ist ein E-Mail-Pressespiegel, der Institutionen und Interessierte rund um das Thema DDR-Aufarbeitung informiert. Im Fokus stehen dabei die Opfer der SED-Diktatur. Er ist kostenlos und erscheint insgesamt in 50. Kalenderwochen im Jahr (Abweichungen möglich). Sie wollen den Wochenrückblick direkt auf Ihre Emailadresse erhalten? Sehr gerne nehmen wir Sie in unseren Verteiler auf. Dafür schicken Sie uns einfach eine **E-Mail an: info@uokg.de oder direkt an wochenrueckblick@uokg.de**. Der Wochenrückblick wird herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG), Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. 030 557793-51, Fax: -40. Der UOKG-Wochenrückblick der 24.-25. Kalenderwoche 2024 gliedert sich wieder in die Rubriken Veranstaltungen und Ausstellungen, Informationen aus Institutionen und Politik, aus den Verbänden und Gedenkstätten, Rehabilitation und Entschädigung, Zeitgeschichtliche Themen (hier diesmal vor allem Berichte zum Gedenken an den Volksaufstand am 17. Juni 1953), Zeitzeugenerinnerungen, Debatten, Publikationen (Funk und Fernsehen sowie Bücher und Zeitschriften, In Memoriam, Sonstiges. Das UOKG-Team wünscht Ihnen eine informative Lektüre. **Internet: <https://www.uokg.de/wochenrueckblick/>**

Die nächste Ausgabe erscheint nach einer urlaubsbedingten Pause erst am 23. Juli 2024.

Die Redaktion dankt allen aufmerksamen Lesern des Stacheldrahtes für Korrekturen und Hinweise. Dank an alle Leser auch für die fortwährend zahlreichen Beiträge und interessanten Zuschriften! Leider können nicht immer alle Beiträge veröffentlicht und gewürdigt werden. Dafür bitten wir um Verständnis. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. **Eine nicht sinnenstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.**

Digitaler „stacheldraht“: Unsere Verbandszeitschrift „der stacheldraht“ kann für die Jahrgänge 2009 bis 2023 als PDF-Dokument Online im Archiv abgerufen werden unter: <https://www.uokg.de/der-stacheldraht/>

Abonnenten können die jeweils aktuelle Ausgabe als **PDF-Dokument** zugestellt bekommen. Wir bitten in diesem Fall um eine kurze Mitteilung an **Redaktionsadresse E-Mail an: der-stacheldraht@uokg.de**

IBAN: DE79 1007 0024 0734 2728 00

BIC: DEUTDE3333030000

Verwendungszweck „ABO Stacheldraht“ oder „Stacheldraht-Spende“

Verkaufspreis: 1 Euro/Ausgabe, 9 Euro/Jahr

Die UOKG im Internet: <https://www.uokg.de/>

Facebook: https://www.facebook.com/UOKGeV/?locale=de_DE

Wikipedia: https://de.wikipedia.org/wiki/Union_der_Opferverb%C3%A4nde_Kommunistischer_Gewaltherrschaft

Redaktionsschluss Impressum letzte Seite.

Beachten Sie zur gedanklichen Anregung auch unser jeweiliges Zitat auf der letzten Seite.

Kranksein im Sozialismus

Florian Bruns rekonstruiert anhand von Eingaben und Archivquellen die Patientenperspektive auf das DDR-Gesundheitswesen in der Ära Honecker. Seine Untersuchung stützt sich vornehmlich auf drei Quellengruppen: erstens Ein-

Die vorliegende Untersuchung stellt eine Kombination aus Struktur- und Alltagsgeschichte dar, wobei der spezifische Bereich der gesundheitlichen Versorgung im Mittelpunkt steht. Die Geschichten, die Patienten oder Angehörige in den hier untersuchten Eingaben erzählen, liefern vielfältige Hinweise darauf, wie die Menschen das sozialistische Gesundheitswesen wahrnahmen und was sie von ihm erwarteten. Nach dem Kapitel „Eingaben-Schnittpunkt von Medizin und Politik“ werden im zweiten Kapitel „Der historische Rahmen: Das Gesundheitswesen der DDR“ die Leitideen und Strukturen des DDR-Gesundheitswesens dargestellt. Im dritten Kapitel „Patienten und ihre Beschwerden“ steht das Medium der Eingabe im Fokus und das vierte Kapitel „Eingaben zu spezifischen Bereichen der Gesundheitsversorgung“ gewährt Einblicke in verschiedene Bereiche der gesundheitlichen Versorgung in der DDR, die besonders häufig Gegenstand von Eingaben waren. Die Schlussbetrachtung fragt, was uns Eingaben über ihre Verfasser verraten, wie sich die zeitgenössische Wahrnehmung des DDR-Gesundheitswesens in den Eingaben widerspiegelt



.....
 Florian Bruns: *Kranksein im Sozialismus. Das DDR-Gesundheitssystem aus Patientensicht 1971-1989 (Kommunismus und Gesellschaft, Band 12)* Ch.Links Verlag, Berlin 2022, 280 Seiten, ISBN: 13-978-3962891671

gaben, die Patienten oder deren Angehörige zwischen 1971 und 1989 an die SED-Zentrale, an das Gesundheitsministerium oder an Honecker persönlich richteten, zweitens Antworten auf diese Eingaben mitsamt dem zugehörigen internen Schriftverkehr sowie drittens Aktenmaterial aus dem Ministerium für Gesundheitswesen (MfG), das sich mit der Auswertung von Eingaben auf übergeordneter Ebene befasste. Schwierigkeiten im Bereich der Arzneimittelversorgung waren im DDR-Gesundheitswesen an der Tagesordnung, und sehr oft wurden die daraus resultierenden Notlagen durch individuelle Zusagen und Ausnahmeregelungen im Sinne der Betroffenen behoben. Hier soll die medizinische Versorgung verstärkt anhand von Patientenbeschwerden und damit aus der oft marginalisierten und wenig erforschten Perspektive der Unzufriedenen und Geschädigten für die Zeitgeschichte der Medizin fruchtbar gemacht werden.

und schließlich, welche Funktion das Eingabewesen für die Staatspartei SED und ihre Machtausübung besaß.

Die Zuteilung der Personal- und Sachmittel –vom Universitätsklinikum bis zur kleinsten Poliklinik– hing direkt vom Volkswirtschaftsplan ab, war also eng an die ökonomische Entwicklung der DDR gekoppelt. Die zentrale Rolle des Staates beim Gesundheitsschutz war dabei ideologisch gesetzt und galt als das grundlegende Prinzip, auf dessen Basis erst die Verwirklichung der anderen Elemente möglich sei. Viele Eingabenverfasser beriefen sich auf einen Idealtypus sozialistischer Gesundheitsfürsorge, die auf SED-Parteitag und in den Medien propagiert wurde, in der Realität aber kaum vorzufinden war. Das resultierende Grundproblem der mangelnden Finanzierung belastete das Gesundheitswesen durchgängig von 1971 bis 1989. Den Schwierigkeiten bei der Rekrutierung und Motivation des medizinischen Personals standen Mängel bei

der Infrastruktur und in der Arzneimittelversorgung gegenüber. Bauliche Mängel, rückständige Haus- und Medizintechnik sowie Personalmangel führten seit Mitte der 1970er Jahre immer wieder zur Schließung von Ambulatorien, Polikliniken oder Krankenhausabteilungen im ganzen Land.

Den Analysen des MfG lässt sich entnehmen, dass Eingaben, die ein gestörtes Arzt-Patienten-Verhältnis zum Gegenstand hatten, regelmäßig etwa die Hälfte aller unter der Rubrik Medizinische Betreuung registrierten Eingaben ausmachten. Eingaben zu gesundheitlichen Fragen und Problemen gewähren nicht nur Einblicke in die Lebens- und Erfahrungswelt kranker und hilfsbedürftiger Menschen. Sie markieren gleichzeitig einen besonderen Kommunikationsraum im Gesundheitswesen, der zwar nicht herrschaftsfrei war, aber doch die Möglichkeit bot, Kritik zu äußern, Missstände zu benennen und auf die Diskrepanz zwischen gesundheitspolitischem Ideal und realsozialistischer Wirklichkeit hinzuweisen. Ein aufschlussreiches Buch, das die Entwicklung des Gesundheitswesens der DDR der Ära Honecker in der Zeit von 1971 bis 1989, seine Mängel, Defizite, Missstände, Diskrepanzen und Konflikte aus der Patientenperspektive aufzeigt und referiert.

Dr.med. Paul Kokott, Salzgitter

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
 Fax (030) 55 77 93 40

Martina Kegel, Juristin
 Di, Mi, Fr, 10–12 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 53, E-Mail: kegel@uokg.de

Cornelia Kurtz
 (DDR-Zwangsadoption und ehemalige Heimkinder)
 Telefonische Sprechzeiten: Mo, Di, 10–15 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 54, Mobil: 0151 721 098 10
 Persönliche Termine nach Absprache
 E-Mail: kurtz@uokg.de

Magdalena Kuhn, Dipl.-Psych. /
 ab 01.02.2024 in Vertretung Anne Maltusch
 Mo, Mi, Fr, 10–12 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 52,
 E-Mail: kuhn@uokg.de / maltusch@uokg.de

Tanja Germer, Dipl.-Päd.
 Mo, Fr, 10–12 Uhr
 Tel. (030) 57 79 87 39, E-Mail: germer@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird eine telefonische Anmeldung empfohlen. Termine nur nach telefonischer Absprache.

Das Projekt wird gefördert vom Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT oder die UOKG gespendet oder den Stacheldraht abonniert haben: Ritzschke, Jürgen; Schneider, Cornelia; Heinecke, Andrea; Zutz, Eberhard; Maier, Guido; Pietzsch, Dr. Henning; Müller, Roland; Raschke, Adelheid; Schmiedel, Rainer u. Sigrid; Lidl/Mittrup, Theodor; Raible, Rolf; Hartwig, Bernd Willi Kurt; Fischer, Klaus; Müller, Barbara u. Carsten; Buchin, Klaus; Striss, Michael; Johannsen, Günter; Linde, Reinhard; Bernhardt, Rüdiger; Winkler, Peter; Schmidt, Ralf u. Angelika

Spenden für das Kinderkrankenhaus Odessa: Flechtmann, Frank; Leonhardt, Rolf u. Dagmar; Hartwig, Bernd Willi Kurt; Schuchardt, Jürgen

Zitat

„Unter Willkürherrschaft gibt es kein Vaterland; andere Dinge treten an seine Stelle: Eigennutz, Ruhm, Fürs-tendienst.“ Jean de La Bruyère, S. 207. Die Charaktere oder Die Sitten des Jahrhunderts, Verlag: Dieterich'sche Verlagsbuchhandlung, Leipzig 1970, 446 Seiten. Jean de La Bruyère (1645 bis 1696) gilt als einer der großen Moralisten der klassischen französischen Literatur. Das Buch vereint eine bunte Mischung aphoristischer, essayistischer und anderer kurzer Textformen, die sich nicht viel anders als heutzutage ein Blog lesen lassen. Manches ist heute von nur noch historischem Interesse, manche Einsicht aber ist von durch-aus anthropologischem, also bis heute gültigem Wert. Hunderte von Charakterbeschreibungen ergeben so ein Gesellschaftsbild des „grand siecle“. Dabei zeigt sich ein eher pessimistisches Menschenbild aus pädagogischer Absicht. In Deutschland schätzten ihn Schopenhauer und Nietzsche.

Union der Opferverbände Kom-munistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Tel. (030) 55 77 93 51, Fax -40
Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 23
Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: Info@uokg.de

**UOKG-Spendenkonto
für Abonnements und Spenden:**
Konto: UOKG e.V.
IBAN: DE79 1007 0024 0734 2728 00
BIC: DEUTDE33HAN
Verwendungszweck
„ABO“ oder „Stacheldraht-Spende“

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG).

Redaktion: Dr. Henning Pietzsch, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin,
Tel. (030) 26 55 71 20 (die telefonische Erreichbarkeit der Redaktion ist eingeschränkt)
E-Mail: der-stacheldraht@uokg.de

An- und Abmeldungen für den Versand des Stacheldrahtes bitte, wenn möglich, auf elektronischem Weg per Mail.



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien



Gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung
für Kultur und Medien

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttingerzeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24,
E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

9 Ausgaben pro Jahr, Verkaufspreis pro Einzelausgabe 1,- Euro

Bezug über die Redaktion <mailto:der-stacheldraht@uokg.de>

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.

Redaktionsschluss Ausgabe 5/24: 21. Juni 2024

Redaktionsschluss Ausgabe 6/24: 26. Juli 2024

Der Stacheldraht: ISSN 2748-4041 (Print), 2751-0182 (Online)

